



**Dokumente zur Geschichte
der kommunistischen Bewegung
in Deutschland**

Reihe 1945/1946

Herausgegeben von
Günter Benser und Hans-Joachim Krusch

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris 1994

**Dokumente zur Geschichte
der kommunistischen Bewegung
in Deutschland**

Reihe 1945/1946

Band 2

**Protokolle der erweiterten
Sitzungen des Sekretariats
des Zentralkomitees der KPD
Juli 1945 bis Februar 1946**

Bearbeitet von
Günter Benser und Hans-Joachim Krusch

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris 1994

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in
Deutschland** / hrsg. von Günter Benser und Hans-Joachim
Krusch. - München ; New Providence ; London ; Paris : Saur.
Reihe 1945/1946.

ISBN 3-598-11114-2

NE: Benser, Günter [Hrsg.]

Bd. 2. Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats
des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946 /
bearb. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch. - 1994

ISBN 3-598-11116-9



Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

Alle Rechte vorbehalten / All Rights Strictly Reserved
K. G. Saur Verlag, München 1994
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany
Satz: Archive-Service Baumgartner & Hebig, Potsdam
Druck: Strauss Offsetdruck, Hirschberg
Binden: Buchbinderei Schaumann, Darmstadt

ISBN 3-598-11116-9

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorbemerkung		IX
2. Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD		1
Nr. 4	15./16.07.1945	2
Nr. 19	22./23.08.1945	3
	Anlagen	
	Teilnehmer	4
	Mitteilung an die Bezirksleitungen	6
	Anweisung zur Durchführung der Bodenreform	13
Nr. 22	31.08.1945	19
	Anlage	
	Referat zu den ländlichen Genossenschaften	20
Nr. 26	14.09.1945	28
Nr. 29	21.09.1945	29
	Anlagen	
	Berichte über die Durchführung der Bodenreform	30
	Mecklenburg-Vorpommern	30
	Land Sachsen	34
	Provinz Sachsen	37
	Thüringen	42
	Brandenburg	47
	Berlin	51
Nr. 32	28.09.1945	52
	Anlage	
	Teilnehmer	53
	Stenographische Niederschrift	54
	Referat Fred Oelßner	55
	Referat Paul Wandel	81
	Diskussion	99
	Otto Winzer	99
	Harald Hauser	113
	Herbert Gute	115
	Gottfried Grünberg	116
	Karl Korbel	119
	Stefan Heymann	121
	Franz Dahlem	122
	Ludwig Einicke	126
	Walter Wolf	128
	Heinz Keßler	129
	Kurt Herholz	131
	Fritz Schälicke	133
	Otto Winzer	134
	Schlußwort Anton Ackermann	135

Nr. 45	19./20.11.1945	147
	Anlage	
	Beschluß zur Delegiertenkonferenz der Gewerkschaften	149
	Stenographische Niederschrift	152
	Eröffnung	152
	Referat Wilhelm Pieck	153
	Referat Walter Ulbricht	179
	Diskussion	203
	Hermann Matern	203
	Fred Oelßner	218
	Kurt Bürger	221
	Willy Sägebrecht	238
	Alois Pisnik	248
	Karl Fugger	261
	Waldemar Schmidt	269
	Werner Eggerath	277
	Roman Chwalek	287
	Franz Dahlem	297
	Willi Albrecht	305
	Josef Schlaffer	310
	Friedel Malter	314
	Heinz Keßler	319
	Paul Wandel	326
	Edwin Hoernle	330
	Gustav Gundelach	338
	Schlußwort Walter Ulbricht	339
	Schlußwort Wilhelm Pieck	349
Nr. 53	19.12.1945	362
Nr. 55	22.12.1945	363
	Stenographische Niederschrift	364
	Eröffnung	364
	Referat Wilhelm Pieck	365
	Referat Walter Ulbricht	382
	Referat Bruno Leuschner	389
	Referat Ernst Oberdörster	397
	Referat Rudolf Reutter	405
	Referat Anton Ackermann	411
	Referat Walter Hähnel	415
	Diskussion	420
	Schlußbemerkungen Walter Ulbricht	423
Nr. 1/58	05.u.07.01.1946	427
	Anlagen	
	Terminplan des Sekretariats	428
	Stenographische Niederschrift	429
	Eröffnung	429
	Berichte	439
	Ruhrgebiet	429
	Niederrhein	443
	Ruhrgebiet	458
	Mittelrhein	462
	Hannover	469

	Bremen	484
	Stuttgart	493
	Frankfurt(Main)	507
	Mannheim	526
	Saargebiet	536
	Schlußwort Wilhelm Pieck	548
Nr. 11/68	09.02.1946	570

3. Beilagen

Notizen Wilhelm Piecks	
Sitzungen des Arbeitsausschusses KPD/SPD	
Treffen mit Vertretern des ZA der SPD	571
Sitzung 04.07.1945	572
Sitzung 18.07.1945	574
Sitzung 23.07.1945	578
Sitzung 26.07.1945	580
Sitzung 09.08.1945	582
Sitzung 30.08.1945	584
Sitzung 10.09.1945	591
Treffen mit Grotewohl 25.09.1945	596
Treffen mit Fechner 15.10.1945	598
Sitzung 18.10.1945	600
Sitzung 01.11.1945	606
Treffen mit Lehmann 16.11.1945	610
Treffen mit Grotewohl 10.12.1945	612
Sitzung 24.01.1946	614
Sitzung 04.02.1946	616
Sitzung 07.02.1946	620
Treffen mit Grotewohl und Fechner 20.02.1946	624
Referat Wilhelm Piecks auf dem Funktionärstreffen vom 04.01.1946	627

4. Anmerkungen 639

Zur Vorbemerkung	640
Zu den Protokollen	641
Zu den Beilagen	697

5. Verzeichnisse 699

Teilnehmer der Sitzungen	700
Rednerliste	704
Abkürzungen	706

VORBEMERKUNG zu Band 2

Der vorliegende Band setzt die Edition von Dokumenten zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland mit der Veröffentlichung der Materialien der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands fort.¹ In der Einführung zur gesamten Reihe und in der Vorbemerkung zu Band 1 ist die Politik der KPD in größere historische Zusammenhänge eingeordnet worden, und die Herausgeber haben ihre Sichtweise auf wesentliche Seiten und Aspekte kommunistischer Politik des Jahres 1945/1946 vorgestellt. Das bedarf nicht in jedem Band der Wiederholung. Die Vorbemerkung zu Band 2 soll deshalb nur einige Hinweise geben, die dem Studium der diesmal dargebotenen Quellen unmittelbar dienlich sein können. Außerdem bedürfen die für die Beilagen angewandten editorischen Prinzipien einer Erläuterung.

Insgesamt trat das Sekretariat des ZK der KPD von Juli 1945 bis Februar 1946 elfmal zu erweiterten Sitzungen zusammen. Soweit die Protokolle Angaben über den Tagungsort enthalten, fanden diese Sitzungen im Gebäude des Zentralkomitees der KPD, in Berlin-Mitte, Wallstraße 76 statt. Von vier dieser Tagungen sind stenographische Niederschriften überliefert, von drei Tagungen einzelne Referate, Berichte oder Beschlüsse, von weiteren vier Tagungen liegen lediglich die für alle Sitzungen des Sekretariats angefertigten, durchnummerierten Beschlußprotokolle vor. Teils korrespondieren Referate und Diskussion dieser erweiterten Sitzungen inhaltlich mit den vom Sekretariat oder von Abteilungen des Zentralkomitees erlassenen Rundschreiben oder Richtlinien, deren Abdruck - soweit sie aufgefunden worden sind - in Band 3 dieser Reihe als Beilage vorgesehen ist.

In den Protokollen tauchen die Namen von insgesamt 156 Teilnehmern derartiger Sitzungen auf.² Von diesen nahmen manche regelmäßig, andere mehrfach und einige nur in Verbindung mit bestimmten Beratungsgegenständen an den Sitzungen teil. In den protokollierten Sitzungen und den überlieferten Berichten und Referaten treten 54 Teilnehmer als Referenten, Berichterstatter oder Diskussionsredner in Erscheinung.³

Die ersten dieser Sitzungen fanden in dichter Folge in den Monaten Juli, August, September 1945 statt. Sie dienten vor allem der Schaffung einer einheitlichen Organisationsstruktur der erneuerten KPD und der

Koordinierung ihrer Tätigkeit in den Ländern und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone, vor allem mit Blick auf die in Angriff genommene Bodenreform. Die drei Sitzungen vom November und Dezember 1945 hatten bereits stärker die Gesamtpolitik der KPD, ihr Verhältnis zu den Sozialdemokraten und die Vereinigungsfrage auf der Tagesordnung. Die Sitzung vom Januar 1946 war die erste mit den Vertretern der Parteibeiräte der Westzonen und eine unmittelbare Vorbereitung der am folgenden Tage beginnenden Reichsberatung der KPD⁴. Doch hatten zuvor bereits leitende Funktionäre von Bezirksparteiorganisationen der KPD an einzelnen Sitzungen des Sekretariats des ZK teilgenommen.⁵ 1946 verlagerte sich die Kommunikation zwischen Führung und Funktionären der KPD dann zunehmend in thematisch ausgerichtete Konferenzen⁶ sowie in die beiden gemeinsam mit den Sozialdemokraten abgehaltenen Sechzigerkonferenzen⁷. Es kam nur noch im Februar 1946 zu einer erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK, dafür fanden im März die Reichskonferenz und im April der 15. Parteitag der KPD statt.⁸

War der erste Band dieser Reihe vorwiegend auf die Entscheidungen der Parteiführung konzentriert, so tritt uns in diesem Band weitaus stärker die KPD als Ganzes gegenüber. Zu Wort kommen nun auch Vertreter der Bezirksparteiorganisationen, Mitarbeiter des zentralen Parteiapparates, kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre und in den Verwaltungen tätige Kommunisten. Ihre Darlegungen widerspiegeln die auf unterschiedlichen Aktionsfeldern gesammelten Erfahrungen und die Verhältnisse aller Besatzungszonen. Die im vorliegenden Band vorgestellten Quellen belegen, daß es im Funktionärkörper der KPD zu den zentralen Fragen der politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Entwicklung eine permanente Kommunikation gab, wie sie damals in dieser Intensität von keiner anderen deutschen Partei erreicht worden ist.

Auf den Tagesordnungen der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des ZK der KPD standen wiederholt die Themen Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitsrecht, Bodenreform und Agrarpolitik, Schulreform und geistig-kulturelle Entwicklung, Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und Vereinigung von KPD und SPD, Blockpolitik, Wirtschaft und Wiederaufbau, Genossenschaftsfragen, Entnazifizierung, Umsiedler, innerorganisatorische Festigung der KPD sowie Agitation und Propaganda, Presse und Schulung. Die Beratungen auf den erweiterten Sitzungen des Sekre-

tariats des ZK der KPD bezogen sich überwiegend, oft ausschließlich, auf die Situation und die Aufgaben in der Sowjetischen Besatzungszone. Nur die Sitzung vom 5. und 7. Januar 1946 macht hier eine Ausnahme. Erstmals waren nahezu alle Bezirksparteiorganisationen aus den Westzonen vertreten.

Im Unterschied zu den im ersten Band dieser Reihe veröffentlichten Beschlußprotokollen geben die nun dargebotenen stenographischen Niederschriften auch Auskunft über Denkweisen, Motive, taktische Überlegungen, Hintergründe von Entscheidungen und Handlungen der KPD und ihrer führenden Vertreter. Sie verdeutlichen, was die KPD in der Praxis, im politischen Tageskampf, unter ihrem im Aufruf des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 verkündeten Aktionslosungen verstand. Zugleich vermitteln diese Materialien Einblicke, wie die Kommunisten ihr politisches Gegenüber, vor allem die Besatzungsmächte und die anderen Parteien wahrgenommen und gewertet haben, inwieweit und mit welchem Inhalt sie Bündnisse anstrebten, wie es um ihre Dialogfähigkeit und ihre Kompromißbereitschaft, um ihr Demokratieverständnis bestellt war.

Als Beilagen enthält dieser Band persönliche Notizen Wilhelm Piecks aus der Zeit von Juli 1945 bis Februar 1946 sowie sein am 4. Januar 1946 vor Funktionären aus allen Besatzungszonen gehaltenes Referat.

Notizen Wilhelm Piecks, die in beträchtlichem Umfang und zu vielfältigen Ereignissen überliefert sind, stellen eine äußerst aufschlußreiche, aber nicht einfach zu interpretierende Quelle dar. Aufgenommen in diesen Band wurden seine bisher noch nie veröffentlichten Aufzeichnungen über dreizehn Sitzungen des gemeinsamen Arbeitsausschusses von KPD und SPD sowie über fünf Treffen mit führenden Funktionären der SPD. Da bisher keine Protokolle oder anderen Niederschriften dieser Beratungen oder Treffen aufgefunden wurden, die Sitzungen des gemeinsamen Arbeitsausschusses vermutlich gar nicht protokolliert worden sind, scheint dies die einzige Quelle zu sein, die es gestattet, Inhalt und Verlauf dieser Sitzungen beziehungsweise Treffen mit einem hohen Grad an Zuverlässigkeit zu rekonstruieren.

Mit Verweisen oder mit Ausdeutungen dieser Notizen möchten sich die Herausgeber sehr zurückhalten. Es handelt sich um Texte oder Textstellen, bei denen nicht in jedem Falle eindeutig ist, ob sie vor, während oder nach den Beratungen aufgezeichnet worden sind, ob sie den Standpunkt Piecks oder Meinungen anderer Teilnehmer wiedergeben. Die telegrammartige Kürze vieler Aufzeichnungen läßt oft unterschiedliche Auslegungen oder Vermutungen zu. All das gebietet sorgsamem Umgang mit dieser Quelle. Diese Aufzeichnungen sind nur in Kontext mit anderen historischen Zeugnissen zweifelsfrei verifizierbar und interpretierbar. Die zwischen Historikern geführte Debatte um Stellenwert und Aussagekraft von Piecks Notizen über die Beratungen bei Stalin und anderen sowjetischen Spitzenpolitikern beweist, wie groß die Spannbreite allein schon bei der Entzifferung, Datierung, Zuordnung und Bewertung des Charakters solcher Notizen sein kann.⁹ Hier ist jeder Nutzer in besonderem Maße selbst gefordert.

Das in die Beilagen aufgenommene Referat Wilhelm Piecks hielt er am 4. Januar 1946 vor Funktionären aus allen Besatzungszonen. Dieses in der Bach-Schule in Berlin-Pankow durchgeführte Treffen schloß sich an die anlässlich des 70. Geburtstages des Parteivorsitzenden der KPD am 3. Januar veranstaltete Kundgebung an. Das Referat ist deshalb für diesen Band ausgewählt worden, weil Piecks Ausführungen mit den Beratungen auf der erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD vom 5. und 7. Januar 1946 korrespondieren. Auf dieser Sitzung wurde ohne einführende Rede sofort die Berichterstattung und Diskussion eröffnet, denn den meisten Anwesenden war das Referat Wilhelm Piecks vom Vortage bekannt.

Mit den beiden ersten Bänden unserer Reihe ist nunmehr ein geschlossener Fundus von Quellen ediert, der wesentliche Aktivitäten der KPD und viele ihrer Motive, Entscheidungen und Argumentationen von Juli 1945 bis April 1946 nahezu lückenlos dokumentiert. Die weiteren Bänden werden sich dann deutlicher um jeweils *ein* Ereignis gruppieren - um die Reichsberatung der KPD vom 8./9. Januar, die Reichskonferenz der KPD vom 2./3. März und den 15. Parteitag der KPD vom 19./20. April 1946.

Zur Edition

Die in diesen Band aufgenommenen Quellenstücke entstammen dem Zentralen Parteiarchiv der SED, das durch einen am 29. Dezember 1992 zwischen der Partei des Demokratischen Sozialismus und dem Bundesarchiv unterzeichneten Vertrag in die Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv" (SAPMO/BArch) eingebracht worden ist. Die Beschlußprotokolle mit ihren Anlagen¹⁰ sowie die stenographischen Niederschriften der erweiterten Sitzungen¹¹ und des Referates Wilhelm Piecks vom 4. Januar 1946¹² gehören zur Überlieferung des Zentralkomitees der KPD. Die persönlichen Notizen Wilhelm Piecks werden in seinem Nachlaß aufbewahrt.¹³

Wiedergabe, Erschließung und Kommentierung dieser Quellenstücke erfolgt nach den für die gesamte Reihe erarbeiteten und in Band 1 bereits erläuterten und praktizierten Editionsprinzipien.¹⁴ Bei den jetzt erstmals in Erscheinung tretenden stenographischen Niederschriften handelt es sich in der Regel um unkorrigierte Stenogramme. Dieser Charakter ist durch den originalgetreuen Nachdruck erhalten geblieben. Die Anmerkungen sollen Sachverhalte und andere Aussagen erläutern, nicht aber korrigierend in den Text eingreifen. Verweise stellen Beziehungen zwischen Textstellen her, die aufeinander bezogen sind. Zwischen den Bänden der Reihe wird indes nur sparsam verwiesen, und zwar nur dort, wo der inhaltliche Bezug für das Verständnis der Vorgänge evident ist, nicht aber, wenn es sich lediglich um gleichgelagerte Gegenstände und Fragenkomplexe handelt.

Auch diesem Band wurde ein Verzeichnis der Abkürzungen beigegeben. Es enthält auch jene Abkürzungen und Kürzel, die Wilhelm Pieck in seinen Notizen benutzt hat. Band 2 bietet ferner ein Verzeichnis der Teilnehmer und eine Liste der Redner der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des ZK der KPD. Letztere erfaßt alle Personen, die als Referenten, Diskussionsredner oder mit Zwischenbemerkungen in Erscheinung getreten sind und verweist auf die entsprechenden Seiten. Überdies wurden bei den stenographischen Niederschriften die Kolumnen so gestaltet, daß ihnen nicht nur die jeweilige Sitzung, sondern auch der jeweilige Sprecher oder Berichterstatter zu entnehmen ist.

Ein fest umrissener Kreis von Funktionären der KPD und anderen Personen¹⁵ ist bereits in Band 1 durch

biographischen Angaben charakterisiert worden. Derartige Kurzbiographien werden in Band 2 weitergeführt, auch für alle in der Rednerliste erfaßten Personen.

Besondere Probleme der Edition warfen die handschriftlichen Notizen Wilhelm Piecks auf, deren originale Beschaffenheit drei Illustration¹⁶ erkennen lassen. Von diesen in der Regel mit Bleistift geschriebenen Notizen hatten in den sechziger Jahren Wilhelm Piecks Tochter Elly Winter und ihre Mitarbeiterin Helga Baumann Klarschriften angefertigt. Diese verdienen eine achtungsvolle Würdigung, denn beiden Bearbeiterinnen ist die Entzifferung mancher Textstellen zu danken, die anderen Forschern schwerlich gelungen wäre.

Im Unterschied zu anderen Historikern, die ihren Editionen die Klarschriften von Elly Winter und Helga Baumann zu Grunde legten, haben wir uns zu eigenen Klarschriften entschlossen. Diese von Günter Benser angefertigten Entzifferungen und Wiedergaben weichen in mehrfacher Hinsicht von den Klarschriften ab, die im Archiv zusammen mit den Originalen aufbewahrt und den Nutzern zur Verfügung gestellt werden:

Bei den Notizen über die Sitzungen des Arbeitsausschusses von KPD und SPD vom 4. Juli und 18. Oktober 1945 wurde eine andere Zuordnung einzelner Blätter vorgenommen als von den Bearbeitern des Archivs.¹⁷ Das ist inhaltlich begründet und im ersten Falle auch an dem von Pieck benutzten Papier ersichtlich. Von den Notizen über die Sitzung vom 2. Februar 1946 fehlt das handschriftliche Original¹⁸, weshalb eine Abschrift der bisherigen Klarschrift angefertigt wurde.

Wiederhergestellt wurde die authentische Aufgliederung der Texte in Blätter, Seiten, Spalten und Zeilen. Da die Schrift Wilhelm Piecks von unterschiedlicher Größe ist, er mit starken Abstufungen, oft auch zwischen die Zeilen oder an den Rand geschrieben und manche Stellen nachträglich anderes zugeordnet hat, waren diesem Bestreben allerdings Grenzen gesetzt. Wo die originalgetreue Anordnung des Textes auf technische Schwierigkeiten stieß, ist die Klarschrift an den inhaltlichen Zusammenhängen orientiert.

Pieck hat seine Notizen auf Einzelblätter zweiseitig geschrieben, wobei er nur in Ausnahmefällen auch die Rückseite benutzte. Diese Spalten sind normalerweise

wie fortlaufende Seiten zu lesen, doch enthalten mitunter einzelne Spalten Bezüge zum gegenüberliegenden Text. Da sich die Notizen nicht im Zweispalten-Druck auf jeweils einer Seite unterbringen ließen, sind die linken Spalten als linke Buchseiten und die rechten Spalten als rechte Buchseiten angeordnet worden. Der Nutzer hat also beim aufgeschlagenen Buch in der Regel *ein zweispaltiges Blatt* in Klarschrift vor sich.

Schwierigkeiten bereitet die Wiedergabe der sehr unterschiedlichen Unterstreichungen und Hervorhebungen des Originaltextes. Außer dem zum Schreiben benutzten Bleistift gibt es vereinzelt auch Anstreichungen in rot, blau oder braun, die auf ein nachträgliches Arbeiten mit den Notizen hindeuten. Es war das Bestreben unserer Edition, alle Hervorhebungen und Anstreichungen *annähernd* zu erfassen, ohne sie bis ins letzte zu differenzieren. Angesichts der großen Zahl solcher Unterstreichungen sollte deren Bedeutung für die Textinterpretation ohnedies nicht überbewertet werden.

Während die Klarschriften von Elly Winter und Helga Baumann die von Wilhelm Pieck durchgestrichen Wörter, Wortgruppen und Zahlen einfach auslassen, wird in unserem Band in Anmerkungen auf diese eliminierten Textstellen verwiesen, denn sie lassen mitunter ursprüngliche, dann aber geänderte Meinungen oder Entscheidungen erkennen. Teilweise sind die ursprünglichen Textstellen allerdings so kräftig überschrieben worden, daß sich die Ausgangsvariante

nicht mehr oder jedenfalls nicht eindeutig ermitteln läßt.¹⁹ Einige wenige Wörter konnten nicht entziffert werden. Eventuell in Frage kommende Deutungen werden in Anmerkungen vorgestellt.²⁰

Schließlich haben sich bei einigen Textstellen andere Entzifferungen als in den bisherigen Klarschriften ergeben. So war zum Beispiel früher in den auf Seite 613 dieses Bandes abgedruckten Notizen *Hoegner* als *Hager* und *Geiler* als *Goslar* entziffert worden. Während Elly Winter und Helga Baumann bei Abkürzungen, Zeitangaben, Ziffern und Zahlwörtern gewisse Vereinheitlichungen vorgenommen oder einfach etwas großzügig nutzerfreundlich übertragen haben, ist die neue Klarschrift um die Wiederherstellung der jeweiligen Schreibweise Wilhelm Piecks bemüht. Doch ließe sich natürlich streiten, ob bei seiner ausgeschriebenen Handschrift in Striche auslaufende Endsilben als eine Art graphisches Kürzel oder als Abkürzung zu betrachten sind. Mit Sicherheit wurde mit den neuen Klarschriften eine größere Annäherung an die Originale erreicht.

Auch für die Herausgabe des zweiten Bandes der Reihe sei dem Verlag und dem Archiv an dieser Stelle gedankt. Nachzutragen ist unser Dank an das Büro für historische Recherchen und Publikationen Baumgartner & Hebig OHG, das bereits den Satz des ersten Bandes besorgt hat und die Herausgeber editions-technisch aufmerksam betreut.

PROTOKOLLE

der erweiterten Sitzungen

des Sekretariats

des Zentralkomitees der KPD

Protokoll Nr. 4

der erweiterten Sekretariatsitzung am 14. u. 15.7.1945

Anwesend: Pieck, Ulbricht, Ackermann, Dahlem,
Gesohke und Köppe - Berlin, Sägebrecht - Brandenburg,
Sobotka - Mecklenburg, Bernhard Koenen - Halle,
Matern und Wolf - Sachsen (kamen verspätet),
Gundelach, Gyptner, Hoernle (als Referent).

Behandelt:

Beschlossen:

- 21 1. Parteaufbau
Referent: Dahlem. ✓ Das Ergebnis der Debatte soll
Dahlem in einem Beschluss nieder-
legen.
2. Organisation der Propaganda
und des Vertriebs der Presse.
Referent: Ackermann Die Diskussion zu den Punkten 2, 4
und 5 wurde gemeinsam geführt.
- 22 3. Ernteeinbringung und Agrar-
reform.
Referent: Hoernle. ✓ Ulbricht wird beauftragt, zu diesem
Thema einen Beschluss zu formu-
lieren.
4. Bericht über die Schaffung
des Blocks der antifaschi-
stisch-demokratischen Parteien.
Referent: Pieck.
5. Ingangsetzung der Wirtschaft.
Referent: Ulbricht.

23 Das Schlusswort wurde von Pieck gehalten. Die nächste
erweiterte Sekretariatsitzung soll in zwei Wochen
stattfinden.

Pieck

51

Protokoll-Nr. 19
der Erweiterten Sekretariats-Sitzung am 22. und 23. August 1945

Teilnehmerliste siehe Anhang.

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben in der Wirtschaft und in den Betrieben.
Referent Ulbricht.

2. Die Durchführung der Bodenreform entsprechend Punkt 7 des Aktionsprogramms der KPD. 24
Referent Pieck.

In der Diskussion zum 1. Punkt sprachen:

Jendretzki, Fugger, Arendsee, Albrecht, Chwalek, Henkel, Kühn, Apelt, Koenen, Rettmann, Herholz, Schneider, Kaiser, Brand, Günther, Rossner, Schlußwort Ulbricht.

Es wird eine Redaktionskommission zur endgültigen Ausarbeitung der vorliegenden Resolution eingesetzt. Zusammensetzung der Kommission: 25

Ulbricht, Ackermann, Chwalek, Albrecht, Maisel, Apelt, Rettmann, Solisch, Möricke, Geisler.

In der Diskussion zum 2. Punkt sprachen:

Fugger, Matern, Ackermann, Flämning, Hörnle, Dahlem, Sägebrecht, Möricke, Grosse, Koenen, Hähnel, Reutter, Schlußwort Pieck.

Die zum Punkt 1 und 2 angenommenen Resolutionen siehe Beilage. 26

Es wird beschlossen, am 31. August die nächste Erweiterte Sekretariatssitzung abzuhalten. 27

Tagesordnung:

Genossenschaftsfrage. Eingeladen werden die Sekretäre der Bezirke und je ein Vertreter, der sich mit den Fragen der Genossenschaft befaßt.

Teilnehmer an der erweiterten Sekretariatsitzung am 22. und 23.
August 1945

Wilhelm Pieck
Walter Ulbricht
Franz Dahlen
Anton Ackermann

Gyptner
Hahn
Ulbricht, Lotte
Oelssner, Alfred
Oelssner, Fred
Wyschka
Reutter
Oberdörster
Hähnel
Schewoleit
Leonhard
Honecker
Keilson, Grete
Vosseler
Seigewasser
Gundelach
Herm
Hörnle
Keilson, Max
Zweiling

Redaktion
"

Roman Chwalek Gewerkschaften
Paul Walter "
Jendretzki "
Fugger "
Martha Arendsee "
Geisler "
Fritz Rettmann "
Brass "
Günther "
Fritz Reuter "

- 2 -

53

Bezirk Sachsen:

Hermann Matern	Dresden	Bezirkssekretariat KP
Fritz Grosse	"	" "
Paul Hähnel	Chemnitz	Vorbereit.Ausschuß FDG
Paul Rossner	"	" " "
Fritz Apelt	Dresden	Landes-Ausschuß d.Gewerksch.
Harry Kuhn	Leipzig	UBL KP
Kurt Kühn	"	Gewerkschaftsausschuß

Bezirk Provinz Sachsen:

Bernhard Koenen	Halle	Bez.Sekr. KP
Rudolf Maisel	"	Ortsausschuß FDG Halle
Ernst Brandt	Magdeburg	U.Bez.Sekr. KP

Bezirk Thüringen:

Georg Schneider	Weimar	1.Sekretär d.KP Bez.Thür.
Willi Albrecht	Erfurt	Sekretär d.Gewerkschaft
Otto Henkel	"	Ortssekretär d.Gewerkschaft
Paul Woitkowski	Weimar	(aus dem Ruhrgebiet)

Bezirk Mecklenburg:

Georg Solisch	Schwerin	2.Vorsitzender des FDGB Mecklenburg-Vorpommern
Kurt Herholz	"	Redaktion

Bezirk Ruhrgebiet:

Ewald Kaiser	Essen	Sekretär der BL
--------------	-------	-----------------

Bezirk Berlin:

Walter Köppe		Sekretär der BL
Waldemar Schmidt		Sekretär der BL
Netzeband		Mitarbeiter der BL

Bezirk Brandenburg:

Willi Sägebracht		Sekretär der BL
Möricke		Bezirksausschuß d.Gewerksch.
Flämming		Redakteur d.Brandenburger Volkszeitung

B e s c h l u ß des Z. K. der K. P. D.

52

28

zur Mitteilung an die Partei-bezirksleitungen

1. Die Grundlage der freien Gewerkschaften.

Die Aufgaben der Gewerkschaften sind der Kampf für die Vernichtung des Faschismus und Imperialismus und für die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen, für die Stärkung der Solidarität der Arbeiter sowie der Erweiterung des Bewußtseins der Verbundenheit mit den anderen Völkern insbesondere mit dem Sowjetvolk. Die Stärkung der einheitlichen freien Gewerkschaften ist von größter Bedeutung für die Einigung der Arbeiterklasse und für die Aktionseinheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Je mehr die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erzogen werden, umso besser kann die Gewerkschaft ihre Aufgaben erfüllen.

Die dringendste Aufgabe der Gewerkschaften ist die Wiederingangbringung der Wirtschaft, der Wiederaufbau. Nur durch die größte Initiative der Gewerkschaften ist es möglich, die Lebensbedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen.

Die Gewerkschaften haben eine wichtige Aufgabe in der Sicherung des Friedens zu erfüllen und führen deshalb einen systematischen Kampf gegen die Ideologie der früheren "Arbeitsfront" und treffen die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung jedes Versuches, in getarnter Weise eine Kriegsproduktion vorzubereiten oder von neuem Kartelle und Monopole wieder entstehen zu lassen.

2. Der Aufbau.

Die freien Gewerkschaften werden aufgebaut auf der Grundlage des demokratischen Bestimmungsrechts der Mitglieder. Die Grundlage der Gewerkschaft ist die Gewerkschafts-Organisation im Betrieb. Mitglied kann jeder Arbeiter, jede Arbeiterin und Angestellte werden. Die Aufnahme erfolgt in der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung des Betriebes. Der Aufbau erfolgt nach dem Prinzip der Industrieverbände, d.h. in jedem Betrieb ein Verband der Arbeiter. Die Angestellten sind im Verband der kaufmännischen und Büroangestellten zu erfassen. Nach diesem Prinzip gliedert sich die freie Gewerkschaft in die Industrie-Verbände.

29

- 2 -

1. Verband für das Baugewerbe
(alle Verbände des Baugewerbes einschließlich Maler, Stein-
arbeiter, Steinbildhauer, Zimmerer, Tapezierer und
Schornsteinfeger)
2. Verband der Bekleidungsarbeiter
(einschließlich Hutarbeiter und Putzmacherinnen)
3. Verband für Bergbau
(einschließlich unmittelbar mit dem Bergbau verbundene
Betriebe)
4. Verband der Fabrikarbeiter
(einschließlich Gummi- und Glas- und keramische Industrie)
5. Verband für das graphische Gewerbe
(Buchdrucker, graphische Hilfsarbeiter, Lithographen und
Steindrucker, Buchbinder)
6. Verband der Holzarbeiter
(einschließlich Sägewerke, Kistenfabriken und Glaserien)
7. Verband für Eisenbahn, Post- und Fernmeldewesen
(Leichte- und Kleinbahnen, alle Postbetriebe)
8. Verband der Handels- und Transportarbeiter
(See- und Binnenschifffahrt, Häfen und alle gewerblichen
Handels- und Transportbetriebe)
9. Land- und Forstarbeiter
(einschließlich der Samenuchtanstalten sowie der in der
Landwirtschaft tätigen Gärtner)
10. Verband der Lederarbeiter
(Sohnmacher, Lederarbeiter, Sattler und Portefeuller,
Tapezierer in Möbelfabriken)
11. Verband der Metallarbeiter
(einschließlich der Maschinisten und Heiser in diesem
Industriezweig)
12. Verband der Hotel- und Gastwirtsangestellten, Friseur-,
Tabakarbeiter
(Bäcker, Konditoren, Branerei- und Mühlenarbeiter, Konserven-
und Nahrungsmittelindustrie, Schlachthöfe)
13. Verband der Textilarbeiter
(Einschließlich Kunstseidenfabriken)
14. Verband der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen
(alle kommunalen Versorgungsbetriebe, Straßenbahnen,
Gesundheitswesen)
15. Verband der kaufmännischen und Büroangestellten
(in allen Sparten)
16. Verband der technischen Angestellten und Werkmeister
(sämtliche Techniker, Ingenieure, Werkmeister)

17. Verband für Bühne, Film, Musik

18. Verband der Bildungsträger

Der Ortsausschuß der Gewerkschaften ist die Leitung der gewerkschaftlichen Organisationen am Ort. Er wird gewählt auf einer Konferenz der gewerkschaftlichen Betriebsdelegierten. Im Ortsausschuß stellen alle am Ort bestehenden Industrieverbände vertreten sein. In jedem Kreis wird ein Kreisausschuß der freien Gewerkschaften ebenfalls auf einer gewerkschaftlichen Betriebsdelegierten-Konferenz gewählt. Für jedes Land bzw. für jede Provinz wird ein Gewerkschaftsausschuß gewählt.

3. Das Recht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb und die Aufgabe der Betriebsräte

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, das Recht der Mitwirkung der Betriebsräte, der Arbeiter und Angestellten in allen Betriebsangelegenheiten zu sichern und auszubauen. Die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb, wie auch die Betriebsräte, fördern die Produktion, damit die Lebensbedürfnisse des Volkes befriedigt werden können. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, bei weitgehendem Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaftsobleute bzw. Gewerkschaftsausschüsse und der Betriebsräte.

Der Betriebsrat setzt sich zur Aufgabe, die Interessen aller Arbeiter und Angestellten des Betriebes zu vertreten. Er wirkt mit bei der Umstellung des Betriebes auf die Produktion für die friedlichen Lebensbedürfnisse des Volkes. Ihm obliegt die Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Unternehmer, des Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendschutzes und fördert die Lehrlingausbildung. Der Betriebsrat hat das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen. Die Betriebsordnung ist zwischen Betriebsrat und Unternehmer zu vereinbaren. Jede Bekanntmachung im Betrieb hat Gültigkeit nur dann, wenn sie vom Betriebsrat gegengezeichnet ist.

Der Betriebsrat führt den Kampf gegen alle Reste des Nazismus sowie gegen militärische und imperialistische Ideologien und Bestrebungen im Betrieb. Es ist seine Aufgabe, jeden Versuch zu verhindern, der darauf gerichtet ist, in getarnter Weise eine Umstellung auf Kriegsproduktion vorzubereiten. Im Interesse der Sicherung des Friedens wacht der Betriebsrat darüber, daß Kartell- und Konzernbildungen nicht aufs neue entstehen können.

- 4 -

4. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Das Tarif- Vertragsrecht der Gewerkschaften wird voll wieder hergestellt. Die Gewerkschaften setzen sich zur Aufgabe, für alle Industriegruppen die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen zu regeln.

In der Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ist es zweckmäßig, die Tarifverträge durch vorläufige Richtlinien über die Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzubereiten. Um Preissteigerungen zu vermeiden, soll in der gegenwärtigen Lage das allgemeine Lohnniveau nicht überschritten werden. Es ist Kurs auf eine Vereinfachung der Lohnberechnungen zu nehmen. Die Richtlinien sollen von dem Grundsatz ausgehen, für die gleiche Arbeitsleistung den gleichen Lohn für Männer, Frauen und Jugendliche zu sichern. Damit im Interesse des Wiederaufbaus ein Absinken der Produktion verhindert wird und die notwendige Produktivität der Arbeit gewährleistet wird, soll überall, wo es nötig ist, die Lohnberechnung im Akkord erfolgen.

Die Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die künftigen Tarifverträge sind von den zuständigen Gewerkschaftsleitungen mit den Abteilungen für Wirtschaft und Arbeit abzustimmen und von den Delegierten-Konferenzen der Gewerkschaften als Voranschlag beschließen zu lassen. Danach werden die Richtlinien bzw. Tarifverträge den zuständigen Abteilungen bei den neugebildeten Industrie- Gewerbe- und Handelskammern vorgelegt. In der Industrie-, Gewerbe- und Handelskammer soll eine Einigung zwischen den Vertretern der Gewerkschaften, den Vertretern der Unternehmer und der Selbstverwaltung erzielt werden. Erfolgt eine Einigung nicht, so entscheidet die Abteilung Arbeit bei der Provinzial- bzw. Landesverwaltung. Als letzte Instanz kann die Verwaltung für Arbeit für das sowjetisch besetzte Gebiet angerufen werden.

30

Grundsätzlich beträgt die Arbeitszeit täglich 8 Stunden und wöchentlich 46 Stunden. Unter den Bedingungen des weitgehenden Ruines der Wirtschaft durch die Hitler-Herrschaft fühlen sich die Gewerkschaften verpflichtet, dahin zu wirken, daß in den einzelnen Betrieben und Industrie-Zweigen eine längere Arbeitszeit von den Belegschaften beschlossen wird.

- 5 -

7

5. Über die Neubildung und Demokratisierung der Industrie-,
Gewerbe- und Handelskammern.

Die Gewerkschaften beantragen beiden Organen der Selbstverwaltung die Neubildung und Demokratisierung der Industrie-, Gewerbe- und Handelskammern. Die Gewerkschaften fordern, daß sich die Industrie-, Gewerbe- und Handelskammern wie folgt zusammensetzen:

- 1/3 Gewerkschaftsvertreter, die bestimmt werden vom Provinzial- oder Landesausschuß der Gewerkschaften oder vom Ortsausschuß der Gewerkschaften der wichtigsten Stadt des betreffenden Wirtschaftsbezirkes.
- 1/3 aus Vertretern der Unternehmer, die von der Abteilung Wirtschaft der Provinzial- oder Landesverwaltung berufen werden. Darunter sollen auch Vertreter des Handwerks und des Kleinhandels sein.
- 1/3 Vertreter der Abteilungen für Wirtschaft und für Arbeit bei der Provinzial- bzw. Landesverwaltung.

Dementsprechend sind auch die Abteilungen für die einzelnen Industrie- und Gewerbebezweige zusammenzusetzen. In diesen Abteilungen sind die Fragen der Tarifverträge zu beraten und zu vereinbaren. Diese Verträge unterliegen der Verbindlichkeitserklärung durch die Abteilung Arbeit bei der Provinzial- bzw. Landesverwaltung oder, wenn es sich um Provinzial- oder Landestarife handelt, durch die Zentralverwaltung für Arbeit und soz. Fürsorge für das sowjetisch besetzte Gebiet. Durch diese Regelung ist klargestellt, daß alle Arbeitgeber-Organisationen und sonstigen Wirtschaftslenkungs-Organisationen, die Instrumente der Kriegsinteressenten waren, in Wegfall kommen.

6. Arbeitsgerichte

Zum Zwecke der Schlichtung und Entscheidung aller aus den Arbeitsverhältnissen entstandenen Streitfälle zwischen Arbeiter, Angestellten und Unternehmern werden in jedem Kreis (in Berlin Verwaltungsbezirk) Arbeitsgerichte gebildet. Das Arbeitsgericht wird erst angerufen, wenn die Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und Unternehmer zu keiner Einigung geführt haben. Zu ihrem Tätigkeitsbereich gehört auch die Entscheidung über die Einzelansprüche aus der Sozialversicherung.

Zur Anrufung des Arbeitsgerichts ist sowohl der einzelne Arbeiter wie der Betriebsrat, die Gewerkschaft, der Unternehmer

die Betriebsleitung und die Behörden berechtigt. Die streitende Partei kann durch einen Prozeß-Bevollmächtigten vertreten werden. Prozeß-Bevollmächtigte oder Beistände, wie Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, sind ausgeschlossen.

Das Arbeitsgericht untersteht der Abteilung Arbeit bei der Provinzial- bzw. Landesverwaltung und als höchste Instanz der Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge für das sowjetisch besetzte Gebiet. Die von früher bestehende Anlehnung des Amtsgerichts an das Arbeitsgericht wird damit aufgehoben.

Das Arbeitsgericht setzt sich aus Kammern zusammen mit je einem Vorsitzenden, und zwei Beisitzern. Den Vorsitzenden ernannt die Abteilung Arbeit bei der Provinzial- oder Landesverwaltung. Er muß arbeitsrechtliche und versicherungsrechtliche Kenntnisse besitzen. Als Beisitzer fungiert je ein Gewerkschaftsfunktionär, der vom zuständigen Ortsausschuß der Gewerkschaft benannt wird und je ein Unternehmer, den die Wirtschaftsabteilung des zuständigen Selbstverwaltungsorgans bestimmt.

Die zu schaffenden Landesarbeitsgerichte werden von den zuständigen Provinzial- bzw. Landesorganen gebildet, sie bedürfen aber der Bestätigung durch das Zentralamt für Arbeit und Sozialfürsorge für die sowjetisch besetzte Zone.

Alle Streitfälle, die ein Objekt von RM 300,-- überschreiten, sowie mit der Tätigkeit des Betriebsrats in Verbindung stehen, sind zur Berufung an das Landesarbeitsgericht zuzulassen.

7. Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung

Die Gewerkschaften sind für die Schaffung einer einheitlichen Versicherungsanstalt auf demokratischer Grundlage. Durch die Provinzial- bzw. Landesverwaltung wird eine Versicherungsanstalt gebildet, die die gesamte Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und Angestellten-Versicherung umfaßt. An der Spitze der Versicherungsanstalt steht der Vorstand. Er setzt sich zusammen aus 21 Mitgliedern. Von ihnen sind 2/3 Vertreter der Versicherten, die vom Gewerkschaftsausschuß benannt werden. 1/3 ist von der Industrie-, Gewerbe- und Handelskammer zu benennen und zwar vier

ANT

30

aus den Reihen des Handwerks, Handels und Gewerbes und drei aus den Reihen der Industrie. Der Vorsitzende der Provinzial-, bzw. Landesversicherungsanstalt wird von der Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge des sowjetisch besetzten Gebietes aus den Reihen der von den Gewerkschaften ernannten Vorstandsmitglieder bestimmt.

In die Versicherungsanstalt führen die Versicherten einen Beitrag in Höhe von 10 % des Arbeitslohnes bzw. des Gehalts und Einkommens ab. 10 % leistet der Unternehmer.

Die Kosten für die Renten der Kriegsbeschädigten und ihre Heilversorgung sowie der Bombengeschädigten trägt die Stadt bzw. die Provinzialverwaltung. In ihrem Auftrag übernimmt die Versicherungsanstalt gegen entsprechende Kostenaufrechnung die Ausszahlung. Die Versicherungskasse trägt keinerlei Pensionen und Ruhegehälter.

8. Arbeitsschutz

Zur Beseitigung der bisherigen Zersplitterung auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes (Gewerbeaufsichtamt, Berufsgenossenschaft, Polizeibehörde und andere Organisationen) wird bei der Abteilung Arbeit bei der Provinzial- bzw. Landesverwaltung ein Amt für Arbeitsschutz gebildet. Den Leiter bestimmt der Direktor der Abteilung Arbeit. Dem Leiter steht ein Arbeitsausschuß zur Seite, der sich zusammensetzt aus 7 Personen:

Dem Leiter als Vorsitzenden, 4 Vertretern der Gewerkschaften und 2 Vertretern der Industrie-, Gewerbe- und Handelskammer unter Hinzuziehung der jeweils in Frage kommenden Sachbearbeiter.

Die Kosten werden durch die Provinzialverwaltung über die Versicherungsanstalt anteilmäßig auf die Unternehmungen umgelegt.

23.8.45

60

Anweisung des ZK der KPD
an die Bezirks- und Kreisleitungen
über die Durchführung der Bodenreform im sowjetisch besetzten Gebiet

Das Gesicht der Junker und feudalen Großgrundbesitzer

Die feudalen Großgrundbesitzer und die Junkerkaste sind seit je die Träger des Militarismus und Chauvinismus. Ihre reaktionäre Ideologie entwickelte sich unter der Naziherrschaft zur extremsten Form der Kriegsideologie, die in den furchtbarsten Kriegsverbrechen der Geschichte ausmündete, begangen sowohl an fremden Völkern wie am eigenen Volk. Die sozialökonomische Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer ist deshalb die wichtigste Voraussetzung der Ausrottung des preußischen Militarismus. Er brachte dem deutschen Volk die verheerenden dynastischen Kriege zwischen Preußen und Österreich im 18. Jahrhundert, den Triumph der feudal-absolutistischen Reaktion und der deutschen Zersplitterung nach der nationalen Erhebung von 1813, die blutige Niederkartätschung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, die endgültige militärische Ausstoßung Österreichs aus dem Verbands des Deutschen Bundes 1866, die Herstellung der deutschen Reichseinheit nicht in der Gestalt eines demokratischen Einheitstaates, sondern als preußische Kaserne mit halbmittelalterlichen feudaldynastischen Überresten. Der preußische Militarismus war vor allem Schuld an der räuberischen Annektion Elsaß-Lothringens 1871, wodurch zwischen den beiden großen Völkern Deutschlands und Frankreichs der Grund zu Zwiespalt und chauvinistischer Verhetzung gelegt wurde. Damit pflanzte der preußische Militarismus schon damals den Keim zum künftigen ersten Weltkrieg.

Nach der Niederlage von 1918 war es der preußische Militarismus, der mit allen Mitteln, vom politischen Mord bis zum militärischen Putsch, gestützt auf die Geldquellen des Finanzkapitals, die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus betrieb. Durch die systematische Irreführung des deutschen Volkes mit der verlogenen Dolchstoßlegende sowie durch geheime Kriegerüstungen wurde der zweite Weltkrieg vorbereitet. Hierbei standen die Träger des preußischen Militarismus, adliger Großgrundbesitz und Junkerkaste in engster Verbindung mit den annektionslüsternen großen Trustringen und Bankmagnaten. Sie waren es, die der Hitlerbande zur Macht verhelfen. Sie gehören zu den Hauptkriegsverbrechern des zweiten Weltkrieges. (Hier sind nähere Angaben über den Großbesitz im Bezirk und über ihre Besitzer einzufügen.)

34

Das historische Recht der Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer

Im neuen demokratischen und friedlichen Deutschland darf es keinen preußischen Militarismus, keinen herrenhaftlichen Großgrundbesitz und keine Junkerkaste mehr geben. Die ökonomische Grundlage des preußischen Militarismus war in erster Linie der ostelbische Großgrundbesitz. Mit seiner Liquidierung wird auch die junkerliche Herrenkaste und damit einer der Hauptpfeiler des deutschen Militarismus und Imperialismus vernichtet werden.

Die Enteignung und die Aufteilung des ostelbischen Großgrundeigentums an deutsche Bauern und Landarbeiter sind nicht nur eine politische Notwendigkeit im Interesse des Wiedereintritts der deutschen Nation in die Gemeinschaft der friedlichen und fortschrittlichen Völker, sondern zugleich ein Akt der sozialen und historischen Gerechtigkeit gegenüber dem werktätigen Landvolk. An den Landarbeitern und landarmen Bauern wird damit ein jahrhunderte altes Unrecht wieder gutgemacht, das unter Führung der Hohenzollern-Dynastie an ihnen durch eine brutale und heimtückische Adelskaste verübt wurde. Der deutsche Bauer wird durch sie zum freien Herrn auf eigener Scholle.

Angesichts des gewaltigen Bodenbedarfs der Opfer des Hitler-Krieges sind auch die von ihren Besitzern verlassenen Bauernhöfe sowie die Höfe aktiver Nazis, SS-Leute und ähnlicher Reaktionäre dem allgemeinen Bodenfond zuzuführen.

Die Beschlagnahme und Aufteilung des Großgrundeigentums zugunsten der Bauern und Landarbeiter ist aber auch ein Akt der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Durch die verbrecherische Kriegsführung der gewissenlosen Nazibande ist der deutsche Boden zum Kriegsschauplatz gemacht, die deutsche Landwirtschaft aufs schwerste ruiniert und verwüstet worden. Nur Bauernfleiß, nur die leidenschaftliche Hingabe der werktätigen Bauernfamilie an ihre Scholle vermag die deutsche Landwirtschaft aus dem tiefen Ruin, in den sie Hitler gestürzt hat, herauszureißen. Die Beschlagnahme und Aufteilung des landwirtschaftlichen Großgrundeigentums soll schließlich auch dazu dienen, solchen deutschen Volksangehörigen, die Hitlergegner waren und die infolge des Hitlerkrieges gegen fremde Völker Hof und Heim verloren haben, wieder Erwerbsmöglichkeit, Heimat und Zukunft zu geben.

Das in dem Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.45 entwickelte Aktionsprogramm enthält die Forderungen, die bereits von einer Reihe von Bauernversammlungen erhoben wurden und die den Lebensinteressen des deutschen Volkes durchaus entsprechen:

- 3 -

65

"Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden."

Die Partei setzt sich mit aller Kraft für die Durchsetzung dieser Forderungen ein und sucht die engste Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und den Bauern herbeizuführen, um darauf das feste Bündnis der Arbeiter und Bauern zu begründen.

Welcher Boden wird enteignet?

Enteignet wird der Grundbesitz und alles darauf befindliche landwirtschaftliche Vermögen, die Bauten, das lebende und tote Inventar der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen, der Naziführer und der aktiven Vertreter der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen, sowie der führenden Personen des Hitlerstaates und der Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages unter der Naziherrschaft. Ferner wird der Boden der Junker und Feudalherren und des Großgrundbesitzers mit über 100 ha Land enteignet. Ferner ein Teil des dem Staate gehörenden Grundbesitzes, soweit er nicht ausdrücklich von der Enteignung ausgenommen wird.

Der Aufteilung unterliegen nicht das Gemeindeland, Grundbesitz der Genossenschaften, der Schulen und kirchlichen Institutionen.

Ferner unterliegen der Aufteilung nicht Kusterwirtschaften und Wirtschaften, die wissenschaftlichen Forschungszwecken und sonstigen staatlichen Erfordernissen dienen.

Das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden bleibt bestehen.

Wer soll den aufzuteilenden Boden erhalten?

Das Grundprinzip der Bodenreform ist, daß sich der Grundbesitz in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen soll.

Aus dem von den Großgrundbesitzern enteigneten Boden soll ein Bodenfond geschaffen werden. Die Aufteilung des Bodens soll entsprechend den in den Bauernversammlungen aufgestellten Forderungen nach nachstehenden Hauptrichtlinien erfolgen:

-4-

Die landwirtschaftliche Nutzungsfläche soll als Privateigentum an landlose oder landarme Bauern, an Landarbeiter, kleine Pächter und teilweise auch an solche bäuerlichen Flüchtlinge aufgeteilt werden, die angesiedelt wurden und die nicht aktive Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen waren.

Landarme Bauern erhalten Ackerland zur Vergrößerung ihrer Wirtschaft auf 5 ha bzw. 8 ha, evtl. auch auf 10 ha, je nach der Qualität des Bodens. Außerdem werden neue selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, landarme und kleine Pächter geschaffen. Der Umfang der neuen Bauernwirtschaften sowie der Umfang des an landarme Bauern zusätzlich gegebenen Bodens richtet sich nach der durch die Enteignung zur Verfügung stehenden Bodenmenge und der Zahl der Bauernfamilien, die Land erhalten sollen.

36 Die neuen Bauernstellen sollen aus dem Bodenfond 5 ha erhalten, bei schlechtem Boden höchstens bis zu 8 ha und nur in Ausnahmefällen bei sehr schlechtem Boden bis zu 10 ha. Das Überschreiten der Norm von 5 ha muß von der Kreiskommission zur Durchführung der Bodenreform bestätigt werden. Kinderreiche Familien sollen dabei unter sonst gleichen Bedingungen das Vorrecht haben.

Als Grundbedingung für die Zuteilung von Boden gilt seine ordnungsgemäße Bebauung. Für den zugeteilten Boden zahlt der Bauer eine Summe, die dem Werte einer Jahresernte entspricht und die berechnet wird je nach der Bodenqualität auf 1.000 bis 1.500 kg Roggen pro Hektar und nach den Ablieferungspreisen vom Herbst 1945 und die von landarmen Bauern in 10 Jahresraten und von den landlosen Bauern und Umsiedlern in 20 Jahresraten abzutragen ist. Es ist jedoch immer wieder hervorzuheben, daß der Bauer sofort nach Zuteilung des Bodens sein Besitzer wird.

Die Wirtschaften, die die Bauern nach der Bodenreform erhalten, dürfen nicht angetastet werden, wie sie auch weder ganz noch teilweise verkauft, verpachtet oder verpfändet werden dürfen.

Wie soll die Bodenaufteilung durchgeführt werden?

37 Die Durchführung der Bodenreform liegt in den Händen der Kreis- und Gemeindeverwaltungen unter der Kontrolle der Provinzial- oder Landesverwaltungen.

In den Gemeinden werden besondere Gemeinde-Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform in allgemeinen Versammlungen der Landarbeiter,

landlosen und landarmen Bauern, die weniger als 5 ha Boden besitzen und der ansässigen Umsiedler gewählt. Sie sollen aus 5 bis 7 Personen bestehen. Die personelle Zusammensetzung unterliegt der Bestätigung der Kreisverwaltung. In den Kreisen sind Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform zu bilden, die aus 5 Personen bestehen, die unter dem Vorsitz des Landrats oder seines ersten Stellvertreters arbeiten. Die personelle Zusammensetzung der Kreiskommissionen muß von der Provinzial-Verwaltung bestätigt werden. Auch in der Provinzial- oder Landesverwaltung ist eine besondere Kommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz resp. im Land zu bilden, die unter dem Vorsitz des Präsidenten oder Vizepräsidenten der Provinzial- bzw. Landesverwaltung arbeitet.

Die Gemeinde- und Kreiskommissionen führen sofort eine Bestandsaufnahme des Grundbesitzes und des landwirtschaftlichen Eigentums durch, das der Übergabe an den Bodenfond unterliegt.

Die Gemeindekommission fertigt Listen der in ihrem Gebiet befindlichen Bauernwirtschaften mit unter 5 ha Bodenfläche an unter Angabe der Zahl der Familienmitglieder und des lebenden und toten Inventars für jede Wirtschaft.

Die Gemeinde- und Kreiskommissionen für die Bodenreform stellen Listen der Landarbeiter, kleinen Pächter, landlosen Bauern sowie der Flüchtlinge und Umsiedler auf, die für die Bodenzuteilung infrage kommen. Die Kreisverwaltungen reichen einen Plan der Enteignung des Grundbesitzes und landwirtschaftlichen Inventars der Junker und Großgrundbesitzer zur Bestätigung an die Provinzialverwaltungen ein.

In örtlichen Versammlungen der landarmen und landlosen Bauern ist der Vorschlag der Gemeindekommission für die Bodenreform zu beraten und zu beschließen. Diese Beschlüsse sind den Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform zur Bestätigung zu unterbreiten.

Die Bodenreform muß bis spätestens Ende Oktober 1945 durchgeführt werden. Diese kurze Frist erfordert von der gesamten Parteiorganisation die größte organisatorische und agitatorische Anstrengung, um die Durchführung der Bodenreform bis zu dieser Frist zu sichern.

38

Über die Benutzung der enteigneten landwirtschaftlichen Geräte der Junker und Großgrundbesitzer

Alle Traktoren, Dreschmaschinen, Mähdrescher, Mähmaschinen und andere landwirtschaftliche Maschinen aus der junkerlichen oder Großgrundbesitzerwirtschaft gehen in den Besitz der in den Gemeinden zu

39 schaffenden "Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" über. Diese Komitees organisieren Ausleihstellen für landwirtschaftliche Maschinen, die zuerst den bäuerlichen Wirtschaften dienen, die durch die Bodenreform Boden erhalten haben.

Einfaches landwirtschaftliches Gerät und Arbeitsvieh können zum Teil zur individuellen Benutzung an die bedürftigsten Bauernwirtschaften übergeben werden.

Landwirtschaftliche Verarbeitungsbetriebe

Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte auf enteigneten Gütern (Branntweimbrennereien, Stärkefabriken, Molkereien, Mühlen usw.) gehen, soweit sie nur von örtlicher Bedeutung sind, zur Benutzung an die "Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" oder an die Kreisverwaltungen über.

Schlußbemerkung

Für die fortschrittliche städtische Bevölkerung, die Industriearbeiterschaft, die werktätige Intelligenz, den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand ist es eine selbstverständliche nationale Pflicht, dem neugeschaffenen deutschen Bauerntum weitgehende Hilfe zu leisten. Dies geschieht am besten durch systematische Steigerung aller jener industriellen und gewerblichen Produktionszweige, die landwirtschaftliche Betriebsmittel und Bedarfsartikel herstellen, sowie durch Organisation ihrer rechtzeitigen und ausreichenden und billigen Verteilung an die werktätigen Bauern. An der Durchführung dieser Aufgaben müssen sich in besonderer Weise die örtlichen Gewerkschaften beteiligen. Überall auf dem Lande sind die notwendigen Handwerksbetriebe, Reparatur-Werkstätten, Ersatzteillager, technische Beratungstellen zu schaffen.

Die Bodenreform, das Mit- und Selbstbestimmungsrecht der Landarbeiter und Bauern in ihren Komitees, dient der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft und den Interessen der arbeitenden Landbevölkerung, sie dient weiter der restlosen Ausrottung des Nazismus und bedeutet einen großen Schritt vorwärts zu einer wirklichen und fundierten Demokratisierung Deutschlands.

Die Bodenreform gibt der Partei große Möglichkeiten der Ausdehnung ihres Einflusses auf die bäuerliche Bevölkerung und der Schaffung einer festen Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und Bauern, bei denen sich der Arbeiter als wahrer Freund und Helfer der Bauern erweisen muß.

27/8.45

82

Protokoll Nr. 22

der Erweiterten Sekretariats- Sitzung am 31.8.1945

Anwesend: Pieck, Ulbricht, Dahlem,
Gyptner, Oberdörster, Wyszka, Leuschner, Hähnel, Fred
Oelssner, Max Keilson (Redaktion DVZ), Fläming (Redaktion 40
Brandenburger Volkszeitung).

Bezirk Thüringen: Hermann Kellermann, Heinrich Georg

Bezirk Halle: Gerhard Lucht, Heinz Otto

Bezirk Sachsen: Hans Hummel (Leipzig), Arthur Mauersberger
(Leipzig), Walter Kretzschmar (Chemnitz),
Fritz Zimmermann (Zittau), Arthur Schliebs,
(BL Dresden).

Bezirk Mecklenburg: Gustav Enskat, Erhard Forgbert,

Bezirk Berlin: Netzeband

Bezirk Brandenburg: Saegebrecht, Möricke

Tagesordnung:

1. Referat von Oberdörster über die Genossenschaften.
2. Referat von Kellermann, Thüringen, über die landwirtschaftlichen
Genossenschaften.

An der Diskussion beteiligen sich:

Mauersberger, Georg, Schliebs, Kretzschmar, Zimmermann, Otto,
Ulbricht, Enskat, Schlusswort Pberdörster, Schlusswort Kellermann.

Es werden zwei Kommissionen eingesetzt:

- a) Kommission für die Konsumgenossenschaften. Zusammensetzung:
Ulbricht, Pberdörster, Leuschner, Kretzschmar.
- b) Kommission für die landwirtschaftlichen Genossenschaften.
Zusammensetzung: Kellermann, Oberdörster, Forgbert, Georg.

3. Vortrag von Leuschner über die Innungen und Handwerkskammern.

An der Diskussion beteiligten sich:

Otto, Wyszka, Forgbert, Otto, Schlusswort Leuschner.

Zusammenfassende Schlussausführungen von Ulbricht.

41

- - - - -

Beilage zum Protokoll

↳

Referat des Genossen K e l l e r m a n n in der Sitzung des
erweiterten Sekretariats vom 31. August 1945

42

Genossen! Wenn ich hier über die Fragen der ländlichen Genossenschaften Raiffeisen zu Euch spreche, da muß ich betonen, daß vieles, was ich auf diesem Gebiete zu bearbeiten habe, mir ganz neu ist. Ich habe mich zwar früher auch schon mit Arbeiter-Konsumvereins- und Genossenschaftsfragen beschäftigt, aber das ländliche Genossenschaftswesen "Raiffeisen" war mir bisher genau so fremd wie Euch allen und wie so vielen Hunderten und Tausenden unserer Genossen. Durch meine jahrelange Tätigkeit im Zentralkomitee der Partei - wo ich in der Abteilung Land Bauernfragen zu bearbeiten hatte und von Berlin aus des öfteren wochenlang in den Bezirken Schleswig-Holstein - Mecklenburg-Pommern-Ostpreußen - Schlesien - auf dem Westerwalde und in Sachsen tätig war, habe ich viele Erfahrungen gesammelt, aber an das ländliche Genossenschaftswesen habe ich mich früher auch nicht richtig heran getraut. Wir alle sind an den ländlichen Genossenschaften "Raiffeisen" vorbeigelaufen und haben nicht recht gewußt, was wir damit anfangen können. Wenn wir durchs Land gefahren sind und haben die großen Bauten mit der Inschrift "Raiffeisen" gesehen, da haben die meisten Genossen gedacht, daß wir mit dieser Getreide-Handelsfirma sicher nichts zu tun hätten und damit war die Geschichte für uns erledigt. Wenn man sich aber Raiffeisen einmal richtig ansieht, so muß ich Euch sagen, Genossen, das ländliche Genossenschaftswesen "Raiffeisen" ist eigentlich das, was wir im Augenblick, als ländliche Bauern-Organisation gesehen, sehr gut gebrauchen können. Wir müßten eigentlich, parteipolitisch gesehen, froh sein, daß wir so etwas an Organisation haben, die wir sofort in die antifaschistische Propaganda und demokratische Aufbauarbeit auf dem Lande einspannen können.

Bevor ich aber über den politischen Wert dieser Organisation weiter spreche, will ich Euch erst einmal erzählen, wer "Raiffeisen" war. "Raiffeisen", ein kleiner Landbürgermeister auf dem Westerwalde, war nämlich der Begründer des ländlichen Genossenschaftswesen in Deutschland. Vor ungefähr 100 Jahren um die Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich auf dem Westerwalde eine Bauernbewegung, die sich gegen die agrarischen Ausbeuter, gegen die Großgrundbesitzer und gegen die Behörden auflehnten, weil die kleinen Bauern

-2-

- 2 -

DL

unter der Ausbeutung des Großgrundbesitzes nicht leben konnten und immer ärmer wurden.

Der Landbürgermeister Friedrich Wilhelm Raiffeisen stellte sich an die Spitze dieser Bewegung und gab ihr Ziel und Richtung. Genossen! Wenn Ihr heute an so einem Raiffeisenhaus oder Raiffeisen-silo vorbei fahrt oder vorbei geht und Ihr seht an deren Mauern diese übers Kreuz gelegten Pferdchen in einem großen Kreis und Ihr lest in diesem Kreise die Inschrift "Einer für alle, alle für Einen", so denkt daran, daß dies eine der ersten Kampfesparolen des damaligen Raiffeisen war, die er hinaus getragen hat unter die Bauern. Raiffeisen forderte die Bauern auf, sich zu Interessenvereinen zusammen zu schließen und rief den Kapitalisten und Großgrundbesitzern in Wort und Schrift zu:

" Die Bauern wollen keine Almosen und keine schönen Worte, sie verlangen ein menschenwürdiges Dasein! "

Genossen! Für die damalige Zeit waren das wirklich annehmbare Kampfesparolen, wenn man berechnet, daß sie von einem Landbürgermeister formuliert und ausgesprochen wurden. Es erscheint bald nicht glaubhaft, daß aus diesen Anfängen heraus die heutige große Raiffeisen-Organisation entstanden ist. Zunächst aber noch einige Worte zum Kampf der Bauern in der damaligen Zeit.

Die Bauern standen damals noch in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Großgrundbesitz. Wenn sie damals die Bedarfsgüter brauchten, die ihnen heute ihre Genossenschaft liefert, nämlich: Saatgetreide, Jungvieh, Düngemittel, Ackergeräte, Geld, Gespanne zur Bewirtschaftung ihres Bodens usw., mußten sie zum Großgrundbesitzer gehen, der natürlich enorme Preise und Gegenleistungen dafür verlangte. Die Gegenleistungen bestanden darin, indem die Bauern an die Großgrundbesitzer Getreide abgeben mußten, die damit wieder ein Geschäft machten, oder sie mußten Frohndienste leisten in Gestalt von Arbeitsstunden, und wenn ihnen ein Großgrundbesitzer ein Darlehn gegeben hatte, mußten sie enorme Zinssätze zahlen und wurden dadurch immer abhängiger von dem Großgrundbesitz.

Raiffeisen hatte erkannt, das dies ein ungesunder Zustand war, und daß unter solchen Verhältnissen ein Bauernstand nicht leben konnte. Das waren die Ursachen, warum sich Raiffeisen für die armen Bauern auf dem Westerwalde einsetzte. Die Organisation der Bauern, die Interessenvereine, bekamen starken Zuwachs und so hatten die Bauern Gelegenheit, nicht mehr vereinzelt, sondern organisiert ge-

-5-

gen ihre Ausbeuter aufzutreten. Das hatte zur Folge, daß sich Geldleute auf dem Lande und in den Städten fanden, die von der Bauernbewegung gegründeten Darlehnskassenvereinen Mittel zur Verfügung stellten, mit denen den armen Bauern geholfen werden sollte. Auch Regierungsstellen beteiligten sich unter dem Druck der Bauern an der Finanzierung der Darlehnskassen. Der Landbürgermeister Raiffeisen benannte seine Darlehnskassen schon zu der damaligen Zeit nach seinem Namen, und Genossen, daß was Ihr heute seht, daß ist das, was damals in der Mitte des 19. Jahrhunderts im Westerwald seinen Ursprung gefunden hatte.

Auch heute noch liegt das Hauptgeschäft der Raiffeisengenossenschaft unten bei den Spar- und Darlehnskassen, die heute natürlich vervollkommend sind und auch gleichzeitig das Warenbezugs- und Absatzgeschäft betreiben. Wie sich dieses Geschäft vollzieht, darüber aber später einige Worte.

Genossen! Jetzt will ich Euch mit der organisatorischen Beschaffenheit der Raiffeisengenossenschaften vertraut machen.

Die Nationalsozialisten, das ist Euch ja bekannt, spielten nach ihrer Machtübernahme 1933 mit dem Gedanken, die Genossenschaften aufzulösen, mußten aber sehr bald erkennen, daß ihr Vorhaben nicht so einfach durchführbar war. Bei den Arbeiterkonsumvereinen gelang ihnen ihr Vorhaben im Handumdreher, indem sie den Arbeitermitgliedern der Konsumvereine ihre Spargelder und Anteile auszahlten, so daß sie keine Verpflichtungen gegenüber dieser Mitgliedschaft mehr hatten. Sie gaben den Arbeiter-Konsumvereinen neue Namen und machten den ganzen Betrieb zu einer Privatfirma, bei der jeder Verbraucher kaufen konnte. Anders lagen die Verhältnisse bei den ländlichen Genossenschaften Raiffeisen.

Hier konnten sie an der Organisationsform nichts ändern. Wenn sie das versucht hätten, wären sie bestimmt auf den Widerstand in der Hauptsache der Bauerngenossen gestoßen, die fest mit ihrer Genossenschaft verwachsen sind, daß es nur unter den größten Schwierigkeiten möglich gewesen wäre, daran zu rütteln. Weil nun die Nazis kein Interesse daran hatten, die Bauern, kleine Gewerbetreibende, kleine Geschäftsleute, Handwerker und Landarbeiter, die bei "Raiffeisen" organisiert sind, sich zum Feinde zu machen, fanden sie sich damit ab, daß an dieser Organisation nichts zu ändern sei.

- 4 -

db

Genossen! Ich erwähnte schon, daß bei Raiffeisen nicht nur Bauern, sondern auch Teile aller anderen werktätigen Schichten, bis hinunter zu den Landarbeitern organisiert sind. Ihr werdet schon davon gehört haben, daß z.B. auf dem Thüringer Wald das Kleinhandwerkertum besonders ansässig ist, da gibt es z.B. kleine Tischlereien, Sägewerksbesitzer, kleine Metallwarenfabrikanten, die kleine Eisenteile fabrizieren. Die Geschäftsleute auf dem Wald, ja sogar die Kurhausbesitzer und Pensionshauswirte, alle sind sie bei den Spar- und Darlehnskassenvereinen Raiffeisen organisiert. Durch die Bank betreiben alle diese Schichten ihre Geldgeschäfte mit der Raiffeisenkasse. Sie zahlen Geld ein, sie heben Geld ab, benötigen sie einen Kredit, bekommen sie den auch bei der Spar- und Darlehnskasse. Nehmen wir ein Beispiel: Ein kleiner Handwerksmeister auf dem Thüringer Wald tätigt seine Geldgeschäfte mit der Raiffeisenkasse. Er bringt seine überschüssigen Gelder zur Kasse und so weit er Waren erzeugt, die er in seinem Heimatgebiet nicht verkaufen kann, bringt er diese ebenfalls an die Raiffeisenwarengeschäftsstelle, die ihm diese Waren bezahlt und die dann von dort in die rein bäuerlichen Gebiete gebracht werden, um sie den Bauerngenossen zugänglich zu machen. Wenn nun so ein kleiner Handwerksmeister keine Geldmittel zur Verfügung hat, aber zum Einkaufen oder zu sonstigen Zwecken schnell Geld benötigt, und bei der Kasse seine Mittel auch erschöpft sind, stellt er den Antrag auf Gewährung eines Darlehns bei der Raiffeisenkasse. Diesen Antrag stellt er beim Vorstand und der Vorstand entscheidet darüber, ob der Antragsteller dieses Darlehn bekommen kann. Das Darlehn wird in den meisten Fällen auch ohne Sicherung durch Leistung der blossen Unterschrift gewährt.

Genossen! Das kann kein anderes Bank- oder Geldinstitut, das ist nur möglich, weil sich die Kassengeschäfte und Warengeschäfte bei Raiffeisen direkt im Dorfe abwickeln, dort wo einer den anderen kennt, überlegt Euch, Genossen, wie lange ein Bauer oder Handwerksmeister warten müßte, wenn er ein Darlehn bei der Kreissparkasse oder noch weiter oben bei der Thüringer Landesbank beantragen würde. Wie-viele Anfragen und wieviel Porto das kosten würde, um letzten Endes doch einen ablehnenden Standpunkt zu erhalten, weil der betreffende Antragsteller nicht in der Lage ist, Werte zu präsentieren, auf Grund deren er ein Darlehn bekommen könnte.

-5-

Nun, Genossen! Deshalb ist es, genossenschaftlich gesehen, unverantwortlich, wenn es Bankmensen gibt, nicht bloß in Thüringen, das ist auch in den anderen Bezirken so, die sich mit dem Gedanken tragen, den Raiffeisengenossenschaften das Geldgeschäft zu nehmen, d.h. also, die Kassen zu schließen. Das würde bedeuten, daß man die bis aufs Kleinste ausgedachte Genossenschaftsarbeit und genossenschaftliche Selbsthilfe untergraben würde.

Zwischenruf des Genossen Ulbricht:

"Braucht man dazu auch die Zentralkasse der Genossenschaft? Ich bin der Auffassung, daß das Zentralgeschäft auch die Landesbank machen kann. "

Der Referent:

"Genosse Ulbricht, Du mußt mir schon gestatten, daß ich in dieser Angelegenheit auch eine Auffassung habe, die ich hier vortragen werde. "

Genosse Ulbricht:

"Das sollst Du auch, deshalb bist Du ja hierher gekommen."

Der Referent:

"Genossen, das, was der Genosse Ulbricht meint, ist zwar möglich. Ich sehe aber nicht ein, daß auf einmal unsere Raiffeisenkassen sich an ein anderes Zentralinstitut gewöhnen sollen, das, wie ich oben schon erwähnte, sich ganz wahrscheinlich nicht so intensiv mit den Raiffeisenkassen im Dorfe beschäftigen kann, wie das im Augenblick geschieht. Es ist meiner Ansicht nach auch nicht möglich, daß die Landesbank diesen ganzen Apparat übernehmen kann, weil ja 80% der Tätigkeit in den Raiffeisenkassen ehrenamtlich durchgeführt wird. Vor allen Dingen würden Schwierigkeiten entstehen, wie ich sie oben schon in der Darlehnsfrage für einen unbemittelten Antragsteller klargelegt habe. Wir haben im Bezirk Thüringen 750 solcher Raiffeisen-Spar- und Darlehnskassen und 5 Raiffeisenbanken und darüber die Zentralbank in Erfurt."

Genossen! Zum Abschluß über das Geldgeschäft will ich noch sagen, daß in einem solchen gewaltigen Unternehmen, das Raiffeisen im Reiche und Thüringen darstellt, in Thüringen z.B. mit über 1000 Genossenschaften laufend flüssiges Geld vorhanden sein muß. Jede Raiffeisenkasse und jede Raiffeisengeschäftsstelle muß laufend Mittel zur Verfügung haben, damit einmal das Geld und zum Anderen das Warengeschäft nicht stockt. Das trifft besonders für die jetzige Zeit zu, wo der Anfall agrarischer Produkte zur Genossenschaft besonders stark ist.

Nun einige Worte über die Beschaffenheit des Angestellten-Apparates. Ich glaube, daß ich den Genossen klar geschildert habe, daß der geschäftliche Apparat bis ins Kleinste auf einer sehr guten genossenschaftlichen Grundlage aufgebaut ist, und daß wir daran im Augenblick nichts zu ändern haben. Anders liegen die Verhältnisse bei dem Verwaltungsapparat, der kolossal bürokratisiert ist. Das Letztere ist keine sonderbare Erscheinung, das mußte so sein, weil die Linksparteien, wie ich schon einmal sagte, sich in den Jahren vor 1933 so gut wie nicht um diese Organisation kümmerten.

Damals stand die ländliche Genossenschaft unter dem starken Einfluß des Landbundes, von denen dann im Jahre 1933 die Nazis den bürokratisierten Angestelltenapparat übernommen haben. Die Nazis hatten es sehr einfach, sie übernahmen den Apparat, setzten überall ihre Mitglieder und Funktionäre ein und diktierten den anderen, die bisher an eine politische oder gewerkschaftliche Organisation garnicht gedacht hatten, den Eintritt in die Gliederungen der NSDAP. Dabei kann man aber folgendes beobachten:

60% der Raiffeisen-Angestellten und -Arbeiter sind erst 1937, 1938 in die NSDAP gegangen. Man hätte eigentlich von diesem Apparat erwarten können, daß sie, leich 1933 alle hingelaufen wären. Das ist aber nicht der Fall. Sie gingen erst, nachdem sie dazu gezwungen wurden. Damit soll nicht gesagt sein, daß dabei eine politische Überzeugung eine Rolle spielte, im Gegenteil, die Leute waren unpolitisch und glaubten vielleicht aus ihrer Denkweise heraus, daß sie das anfangs nicht notwendig hatten. Wir haben bei uns mittels Fragebogen festgestellt, daß bei der Hauptgenossenschaft Erfurt vor 1933 ganze 28 Mann frei gewerkschaftlich organisiert waren.

Davon waren etwa 5 Mann politisch organisiert bei den Sozialdemokraten. Als ich im Mai ds.Js. den Auftrag bekam, kommissarisch in diese Organisation einzutreten, das kann ich Euch sagen, Genossen, habe ich einige Bauchschmerzen gehabt. Aber es ist besser gegangen, als ich dachte. Ein großer Teil der Angestellten und vor allen Dingen auch der Arbeiter im Betriebe waren meinen Anordnungen sowie Ausführungen und Anweisungen sehr zugänglich, so daß es mir sehr leicht war, schnell einen Betriebsrat aus Antifaschisten zusammen zu stellen.

Die Antifaschisten aus dem Betrieb Erfurt, das muß man ihnen zugute rechnen, waren von selbst gekommen und verlangten vom antifaschistischen Komitee Leute, die die politische Umstellung in der Organisation vornehmen sollten. Ja, es waren sogar welche darunter, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren.

- 7 -

Genossen! Warum erzähle ich Euch dies alles:

Nicht deshalb, weil ich es für notwendig finde, Euch etwa einen Bericht zu erstatten, nein, deshalb, weil die Verhältnisse in den Raiffeisen-Organisationen in den anderen Bezirken genau so liegen. Es ist bloß ein Unterschied dabei, nämlich der, daß wir in der Raiffeisen-Organisation Thüringen bereits etwas Einfluß gewonnen haben, was in den anderen Bezirken nicht der Fall ist, und deshalb bitte ich Euch, wenn Ihr nach Hause kommt, nehmt bei Euren Besprechungen zu den Problemen "ländliche Genossenschaften Raiffeisen" Stellung und versucht, in diesen Apparat Antifaschisten hinein zu bringen.

Die ländlichen Genossenschaften Raiffeisen sind infolge ihrer weit verzweigten Organisationen und in ihrer bis ins Kleinste durchdachten genossenschaftlichen Arbeit die Organisation, die berufen ist, die genossenschaftliche Arbeit auf dem Lande zu erweitern und zu verteilen, und die des weiteren berufen ist, in der Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes die Hauptrolle zu spielen. Wir sind uns auch darüber im Klaren, daß die Genossenschaften bei der in Deutschland bevorstehenden Bodenreform stark in Erscheinung treten müssen, um ihre Erfahrung nicht nur im ländlichen Genossenschaftswesen, sondern auch in der Bebauung des Bodens und der richtigen Anwendung des Saatgutes, der Düngemittel und des Maschinenparks den neuen Bauern behilflich sein müssen.

44 In der Erfassung der überschüssigen Getreideernte, also des Teils der Ernte, den die Bauern auf dem freien Markt verkaufen können, müssen die Genossenschaften auf den Plan treten und müssen von ihren Bauerngenossen verlangen, daß sie die überschüssigen agrarischen Produkte ebenfalls zur Genossenschaft bringen, damit sie von dort aus den Industriearbeitern als zusätzliche Nahrung zugeführt werden, die den Bauern wieder Düngemittel, Maschinen und andere Bedarfsgüter herstellen und liefern.

Deshalb ist es notwendig, Genossen, daß Ihr versucht, in Euren Gebieten in die ländlichen Genossenschaften hinein zu kommen, dort Eure Tätigkeit aufnehmt und diese in den Vordergrund stellt. Die politische Ausrichtung Eurer Organisation ist die Vorbedingung, damit die Garantien geschaffen sind, daß die ländlichen Genossenschaften ihre Aufgaben erfüllen. Es liegt also bloß an der Zughaftigkeit unserer Genossen, daß diese bis jetzt noch nicht in diese Organisation eingetreten sind. Es kann dies geschehen mit Hilfe der örtlichen Behörden und mit Hilfe der Zivilverwaltung in den Provinzen, die einfach Antifaschisten kommissarisch in diese Organisation einsetzen.

-3-

- 9 -

Wichtig ist noch, Genossen, daß wir unseren Partei-Apparat auf die Fragen der ländlichen Genossenschaften einstellen. Unsere Parteigenossen und die antifaschistischen Komitees machen uns gewöhnlich die größten Schwierigkeiten. Es darf nicht vorkommen, daß Leute auftauchen, die dort in den Genossenschaftsmolkereien, dort kommt es nämlich in der Hauptsache vor, herumwirtschaften, sehen aber dabei nicht die Genossenschaft und ihre Aufgaben, sondern wahrscheinlich in erster Linie die Erzeugnisse, die dort hervorgebracht werden. Auch unsere Partei muß sich mehr Mühe geben, die ländlichen Genossenschaftsfragen so zu lösen, wie man das von der Partei verlangen kann. Es darf nicht so sein, daß Hinz und Kunz kommt und Berichte über Genossenschaften abgibt, die zum Teil unklare und unwahres Material enthalten und die in ihrem Inhalt gerade das Gegenteil erwirken, als was die ländlichen Genossenschaften brauchen. Wir wissen, daß es gerade in der Milch-, Fett- und Bierwirtschaft große Unstimmigkeiten gibt, aber diese nun so auszulegen, daß die Genossenschaften schuld seien, ist Unsinn, das müssen wir unterbinden.

Ich habe hier einen Artikel, der in unserer Zeitung in Weimar erschienen ist, interessenthalber muß ich Euch diese Stelle zitieren. Es steht geschrieben:

"Da sind nämlich sogenannte Organisationen ins Leben gerufen worden, die sich stolz "Eierverwertungsgenossenschaften" nennen. Diese Eierverwertungsgenossenschaften haben schöne Büros, sehr schöne Möbel, auch manchmal schöne Beamte und Angestellte und sitzen am grünen Tisch und leiten präzise und gewissenhaft die Reise des Hühner-Bies. Das machen sie natürlich nicht umsonst!"

45

Genossen! Die Quintessenz solcher Entgleisung muß ganz natürlich sein, daß man den jetzigen Zustand verherrlicht und ihm Tor und Tür öffnet. Wir müssen uns wirklich Mühe geben, die Dinge so zu behandeln, damit die Organisationen, die uns für unsere Tätigkeit und Propaganda zur Verfügung stehen, sich nicht selbst durch die Gasse ziehen. Dass viel schlecht ist, das wissen wir, aber dass viel geändert werden kann, und zwar durch uns, wissen wir auch, und deshalb möchte ich nur zum Schluss kommen. Es bleibt dabei, Genossen, das ländliche Genossenschaftswesen "Raiffeisen" bietet uns Möglichkeiten, schneller und gründlicher in die Kreise der werktätigen Bauern und werktätigen Schichten auf dem Lande vorzustoßen, und diese Möglichkeiten müssen wir ausnutzen, weil ja bekanntlich gerade auf dem Lande der Nationalsozialismus am stärksten verankert war und wir die Aufgabe haben, diesen dort auszurotten mit dem Ziel, eine große antifaschistische, demokratische Bauernbewegung und Bauernorganisation auf dem Lande zu entfalten.

7

Protokoll Nr. 26

der Erweiterten Sekretariatssitzung am 14.9.1945

Anwesend: Pieck, Ulbricht, Dahlem, Ackermann,
Gyptner, Hähnel, Wysocka, Leuschner, Reutter, Oelssner Fred,
Honnecker, Vosseler, Seigewasser, Schirdewan, Leonhard,
Oelssner Alfred, Ulbricht Lotte, Keilson Grete, Teubner,
Gundelach, Boulanger, Handke, Jendretzky, Wandel, Chwalek,
Bruno Köhler von KFTsch,

46

Bezirk Berlin: Köppe, Elli Schmidt, Arthur Pieck, Maron,

Bezirk Brandenburg: Sucker, Bechler,

Bezirk Mecklenburg: Bürger, Warnoke,

Bezirk Thüringen: Schneider

Bezirk Sachsen: Grosse, Fischer, Smolka,

Bezirk Prov.Sachsen: Siewert, Bisniak.

Tagesordnung:

1. Die aktuellen Aufgaben in der Wirtschaft.

Referent: Ulbricht.

47

2. Die neuen organisatorischen Aufgaben der Partei

Referent: Dahlem.

48

Die Diskussion wird gemeinsam geführt.

Diskussionsredner: Elli Schmidt, Siewert, Handke, Fischer,
Bürger, Smolka, Grosse, Honnecker, Sucker,
Wandel. Schlusswort: Ulbricht.

Abschliessende Ausführungen von Pieck.

Protokoll Nr. 29

der Sitzung des erweiterten Sekretariats am 21.9.1945

Anwesend: Pieck, Dahlem, Ackermann,

Sobottka - Mecklenburg
 Schneider - Thüringen
 Matern - Sachsen
 Koenen - Prov. Sachsen
 Sägebrecht - Brandenburg
 Köppe -) Berlin
 Elli Schmidt -)

Gyptner, Hähnel, Wysohka, Fred Oelssner, Alfred Oelssner,
 Schirdewan, Seigewasser, Hahn, Reutter, Leuschner, Huth,
 Leonhard, Lotte Ulbricht, Grete Keilson, Wandel, Mahle,
 Max Keilson.

Svend Thorsen - KP Dänemark.

49

Tagesordnung:

1. Berichte über die Durchführung der Bodenreform.
 Die Berichte aus den Bezirken wurden erstattet von:
 Sobottka, Matern, Koenen, Schneider, Sägebrecht, Köppe und
 Elli Schmidt.
 Ferner sprachen: Ackermann und Dahlem.
 Eine Zusammenfassung wurde von Pieck gegeben.
 (Beilage: Stenogramm der Bezirksberichte)
2. Information von Huth über die "Zentrag". 50
3. Information von Dahlem über die Schaffung der Flüchtlings-
zentrale. 51
4. Erweiterte Sekretariatsitzung am 28.9.45. 52
 Zur Sitzung werden eingeladen aus jedem Bezirk der Agitprop-
 sekretär der BL, sowie der Volksbildungsleiter bzw. dessen
 Stellvertreter der jeweiligen Landesverwaltung. Ausserdem
 werden hinzugezogen die Agitpropleiter der KP-Ortsgruppen
 von Leipzig, Chemnitz, Rostock, Magdeburg, Erfurt und Branden-
 burg. Ferner wird zur Sitzung geladen Wandel als Direktor
 des Volksbildungsamtes in der sowjetischen Besatzungszone. 53
5. Über die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen
Parteien.
 Bezichte über die Bezirke wurden erstattet von Koenen,
 Schneider, Sägebrecht, Köppe, Sobottka und Matern. Eine Zu-
 sammenfassung wird von Pieck gegeben.
6. Das Winterprogramm für die Wirtschaft und den Wiederaufbau. 54
 Berichte aus den Bezirken wurden erstattet von: Sobottka,
 Matern, Schneider, Koenen und Sägebrecht. Es wird beschlossen,
 die Bezirke zu beauftragen, im Laufe einer Woche einen Plan
 für die Arbeit der Industrie und den Aufbau der Städte auf-
 zustellen

B e r i c h t

der Bezirks-Parteisekretäre über die Durchführung der Boden-
Reform auf der erweiterten Sekretariatssitzung am 21.Sept.1945

55 Sobotka, Mecklenburg.

Es gibt viele Einwände von sozialdemokratischer Seite gegen die Aufteilung des Grossgrundbesitzes an die Bauern. Sie wollen die Sozialisierung des Bodens; aber diese Einwände kommen nur von den alten Bürokraten und nicht von den sozialdemokratischen Arbeitern.

Die Sozialdemokratie hat keinen grossen Anhang auf dem Lande.

Bei der Christlich-Demokratischen Union zeigt sich eine schärfere Reaktion. Sie sind gegen die entschädigungslose Enteignung.

Im Dorf ist kein Widerstand gegen die Bodenreform, aber die sozialdemokratischen Redner ergehen sich in ausgetüftelten Ausführungsbestimmungen. Im Greifswalder Gebiet hat die Universität 62 Güter, auf denen Junker als Pächter sitzen.

Gegenwärtig haben wir 1 1/2 bis 2 Millionen Flüchtlinge, es kommen ständig grössere Transporte herein. Bei der Neuregelung der Kartenausgabe ist eine Anordnung getroffen worden, dass nur diejenigen Karten bekommen, die arbeiten; wer in landwirtschaftlichen Betrieben arbeitet, bekommt keine Karten. Bei der grossen Menge des Zustroms ist es schwer, Leuten sofort Arbeit zu geben. Auf den grossen Gütern sind grosse Massen von Menschen vorhanden, die gar nicht so schnell beschäftigt werden können, so dass ein grosser Teil der Bevölkerung ohne Lebensmittelkarten dasteht und auch von den Gütern nicht versorgt werden kann. Dazu sind auf den befreiten Gütern die dort beschäftigte Landarbeiter verpflegt worden. Eine Bezahlung in Geld haben sie bis heute nicht bekommen. -

Die Bewegung für die Bodenreform ist auf Grund der Schwierigkeiten ins stocken gekommen. Eine andere Geschichte ist auch die Abänderung der Ablieferungsfristen. Die erste Ablieferung ist verhältnismässig gut gewesen, für die zweite September-Ablieferung wurde das Datum vorverlegt, die Ablieferung könnte für Oktober erfolgen. Die ganzen Kräfte mussten eingesetzt werden für den Drusch, die Herbstbestellung der Felder ist zurückgeblieben. Bis zum 20. September musste das abgeführt werden, was erst im Oktober hätte abgeführt werden müssen. Das sind die störenden Momente, die jetzt in die Bewegung hineinfallen.

Wir haben bis jetzt nur eine Übersicht, die wir am Dienstag dieser Woche von unserem Kreis^{en} erhielten. Mit Ausnahme von vier Kreisen befinden sich überall Kreiskomitees. In fast allen Kreisen befindet sich an der Spitze der Komitees ein Genosse von uns. Eine Übersicht über die Gemeindekomitees haben wir auch versucht zu erhalten. Wir haben etwa 3000 Gemeinden in Mecklenburg und Vorpommern, und etwa 1250 Gemeindekomitees. Eine gründliche Durchorganisation dieser Gemeindekomitees ist notwendig, da sie zuerst entstanden sind aus einer allgemeinen Bewegung und dabei nicht immer die besten Kräfte ausgesucht worden sind.

Eine Propaganda betreiben wir mit Flugblättern, Broschüren und mit

- 2 -

57 unserer Zeitung. Wir können die Propaganda nicht so durchführen,
wie es notwendig wäre, aber es herrscht ein grosser Mangel an Papier.
20.000 Plakate, ein Flugblatt in einer Auflage von 200.000,
58 das Gesetz und die Ausführungsbestimmungen in Form eines Traktätchens
haben wir herausgebracht. Schwierigkeiten waren auch vorhanden bei
59 der Herausgabe der beiden Broschüren, für die wir vom Zentralkomitee
die Matrern erhalten haben. Nach den Berichten unserer Druckerei ist
es nicht möglich, die Matrern bei uns zu verwenden. Es muss wohl
alles neu gesetzt werden.

Bis zum 15.9. waren 1167 Versammlungen gemeldet. Sie haben zum
grössten Teil gemeinsam mit der SPD stattgefunden. Von 86 Ver-
sammlungen in Schwerin wurde der grösste Teil mit der SPD durchge-
führt, im Kreise Güstrow waren 178 Versammlungen, davon nur 5 mit
der SPD. In Hagenau wurden 60, in Anklam 127 Versammlungen abge-
halten. Die Zahlen der Vers ammlungen, die vor dem 1.9. durchge-
führt wurden, sind ähnlich.

60 Es sind verhältnismässig viel Aufnahmen für die Partei durchgeführt
worden, das macht sich bemerkbar. Oft ist eine Überspitzung des
Gedankens der Zusammenarbeit mit der SPD. zu verzeichnen. Wir haben
Teile des Landes, in denen es überhaupt keine Sozialdemokraten
gibt, ja selbst in kleinen Städten. So ist z.B. in Tessin den
Sozialdemokraten nicht möglich gewesen, eine SPD.-Ortsgruppe ins
Leben zurufen. Der Ortskommandant aber verlangt von unseren Genossen,
einen Block mit der SPD zu schaffen, und aus diesem Grunde sollte
auch eine Ortsgruppe der SPD gebildet werden. Wenn aber nur 2 - 3
SPD -Genossen vorhanden sind, so braucht keine SPD.-Ortsgruppe
aufgezogen zu werden, sondern man muss versuchen, diese SPD.-
Genossen in die KPD aufzunehmen. Unter den Bauern haben wir auch
Aufnahmen, aber man kann nicht sagen, dass ein Zustrom der Bauern
zu der Partei vorhanden ist. Das liegt wohl an die den Schwierig-
44 keiten und an dem Wirrwarr mit den Abgaben. Zu Anfang, im August,
war unter den kleinen Bauern eine grosse Initiative, aber infolge
der Schwierigkeiten ist die Sympathie abgeflacht. Die Beitragsfrage
61 spielt keine Rolle. Die Bewegung auf dem Lande wird durchweg ge-
tragen von Landarbeitern. - Es gibt grössere Bauern, die einen
62 Eigenbesitz von 30-40 Morgen haben und dann noch 200 Morgen Pacht-
land. Hier steht noch eine Frage, die geklärt werden muss. Die
Wirtschaft dieser Bauern, die Pachtland besitzen, ist eingestellt
auf die Bewirtschaftung von 100 und mehr Morgen Land. Nimmt man

ihm sein Pachtland weg, entspricht seine Wirtschaft nicht den ganze: Einrichtungen, die er sich geschaffen hat. Er sieht hierin keine Klarheit, man kann daher diesen Bauern nicht gewinnen. Es müsste hier in jedem Einzelfalle nachgeprüft werden. Land wird es vorläufig genug geben, so dass man eine Lösung finden könnte, ihm das Pachtland zu lassen. Das Riesenland in Mecklenburg wird nicht in 3-4 Wochen aufgeteilt sein. Nehmen wir den Bauern das Pachtland weg, bekommen wir ihn nicht für uns, sondern werden ihn als Gegner haben. Eine Aversion gegen die KPD besteht nicht, wenn wir geschickt vorgehen, die Schwierigkeiten sehen, werden wir die Bauern auf unserer Seite haben.

I. ~~Gesetz~~ M a t e r n, P a r t e i Sachsen, ~~aus dem~~ ⁴

In Sachsen ist die Bodenreform nicht von einem solchen ¹⁴ Umfange wie in Mecklenburg. Wir haben wesentlich weniger Grossgrundbesitz, insgesamt 114.000 ha. Die Kampagne begann sofort nach dem Aufruf des Z.K. Die Bodenreform nahm auch ohne gesetzliche Grundlage sehr konkrete Formen an, besonders in Bautzen und Kamenz begannen die Bauern, den Grossgrundbesitz aufzuteilen.

In anderen Orten hat es wieder Schwierigkeiten gegeben, weil die Christlich-Demokratische Partei oder die Liberal-Demokraten bei der Bodenreform nicht mitmachen wollten. Nicht, dass sie sich darüber aussprachen, ^{oder im Prinzip dagegen redeten, sondern sie sagten:} - in diesem Jahre wäre es zu spät, man sollte es auf das nächste Jahr verschieben, man müsste alles besser vorbereiten usw. Die Sozialdemokratische Partei ist von Anfang an in der Bodenreform mit uns gegangen. Da hat es Schwierigkeiten nicht gegeben. Jedoch ist die Sozialdemokratische Partei in der D u r c h f ü h r u n g der Bodenreform passiv. Sie führt weder Bauernversammlungen durch, noch beteiligt sie sich offiziell an den Bauernkonferenzen. Wohl gibt es hier und da ein SPD-Mitglied, aber als P a r t e i nehmen die Sozialdemokraten nicht daran teil. Das drückt sich auch in den verschiedensten Reden ihrer Leute in Konferenzen aus, bei welcher Gelegenheit sie sagen, die Bauern kann man sowieso nicht gewinnen. Man sollte lieber die Güter mit den darauf sitzenden Landarbeitern genossenschaftlich bearbeiten.

In Meissen auf der Konferenz waren ~~mehr~~ 500 Delegierte von mehr als 300 Orten. Die Dörfer dort sind alle sehr religiös eingestellt. Gegen den Widerstand unserer Leute hat die Konferenz fast einstimmig beschlossen, das Kirchenland mit aufzuteilen!

In einem anderen Kreis, wo die Kirche eine ausserordentlich hohe Pacht erhebt, ist die Frage aufgetreten, ob man nicht etwas dagegen machen kann, dass man entweder die Pacht ganz abschafft, indem man die Pacht kapitalisiert oder die Pacht herabsetzt.

Die Teilnahme der Bauern an den Versammlungen ist ausserordentlich aktiv. Sie reden weniger in der Versammlung selbst, man hält lediglich ein Referat. Dann gibt es eine Anzahl Fragen und wenige Reden und dann wird die Versammlung geschlossen - und dann geht das Reden los. Zum Teil wird heftig diskutiert über alle

- 2 -

Fragen, die dabei auftauchen. Wir haben in den letzten 14 Tagen ungefähr 1.000 Bauernversammlungen durchgeführt, aber daneben haben wir einen Lautsprecherwagen, der andauernd unterwegs ist und der mit Platten spricht, d.h. wir haben Platten besprochen. Man sollte solche Lautsprecherwagen immer mit in die Kampagne einschalten. Einige Reden sind sehr praktischer Art, sie antworten auf Fragen, die in den Versammlungen und Konferenzen gestellt werden.

In Bezug auf die Auslegung des Gesetzes und praktische Durchführung des Gesetzes wurden in allen 30 Kreisen Konferenzen durchgeführt. Wo Boden aufgeteilt wird, besteht entweder in jedem Dorf eine Kommission, oder wo ein Gut auf 3-4 Dörfer entfällt, besteht eine gemeinsame Kommission für dieses Gut. Wir können, wenn wir das Land aller Bauernhöfe unter 5 ha erhöhen, 24.000 neue Stellen in ganz Sachsen mit der Lausitz schaffen. Wir müssen dazu übergehen, noch Wald hinzu zu nehmen. Die Landeskommission hat jetzt vor einigen Tagen mit den Landräten und dem Vorstand der Kreis-kommissionen getagt, wo besonders über diese Fragen gesprochen wurde. Es muss entschieden werden, welche Güter werden nicht aufgeteilt, welche werden aufgeteilt usw.

Eine andere Frage ist die der Aufnahme der Bauern in die Partei. Der Eintritt erfolgt nur sehr zögernd; diese Sache ist ihnen irgendwie noch ein wenig fremd. Die Bauern sagen im allgemeinen: "Wir wollen erst einmal sehen, ob die Kommunisten mit diesen Dingen wirklich bis zu Ende gehen, ob sie wirklich machen, was sie versprechen, oder ob es nur Agitation ist, ob wirkliche alle Güter aufgeteilt werden usw."

Eine weitere Frage in den Dörfern ist die der früheren Mitgliedschaft zur NSDAP und wie sich diese Mitgliedschaft zusammensetzte. In der NSDAP waren die Bauern, die bewusst politisch aktiv und mit ihren Höfen in Ordnung waren. In manchen Dörfern wiederum ist es umgekehrt, die schlechten Bauern waren in der NSDAP. In vielen Dörfern gibt es gute kleine Bauern, die in der NSDAP waren und die jetzt zu uns in die Partei wollen. Was kann man da für einen Weg finden?

Ich würde folgendes vorschlagen: Wenn jetzt solche Bauern, die früher der NSDAP angehörten und die im Dorf Ansehen genießen, nun in unsere Partei wollen, so sollte man im Dorfe eine Versammlung einberufen und die Frage öffentlich stellen, ob man sie aufnehmen kann. Denn wir haben Dörfer, da waren 98 % Mitglied der NSDAP. Die Nichtmitglieder waren, die wollen wir auch nicht haben,

- 3 -

- 3 -

denn die haben auch kein Ansehen im Dorf. Wir müssen uns irgendwie über diese Frage klar werden.

Einen Eintritt in die Partei von Bauern haben wir bereits zu verzeichnen, aber das geht sehr zögernd vonstatten. Jedoch kann man feststellen, dass der frühere alte Zustand, dass also ein "Kommunisten-Schreck" bestand, nicht mehr vorhanden ist. Es ist nichts Aussergewöhnliches, dass ein Kommunist zu den Bauern auf das Dorf kommt und mit ihnen redet; das ist eine ganz normale Erscheinung im Gegensatz zu früher. Der Bauer hat vor dem Kommunisten keine Hemmungen, er hat nicht mehr die Auffassung, der Kommunist könnte mir vielleicht schaden usw. Der Bauer hat zwar Vertrauen, bewahrt jedoch einen beobachtenden Standpunkt.

Dann komme ich zu einer Sache, die eine ziemliche Bedeutung hat: Wir haben einige Gebiete, wo es in den Dörfern und zwar in einigen 100..Dörfern, kein Stück Vieh ^{mehr} gibt. Da sind die polnischen Rückwanderer durchgegangen und da ist auch nicht ein Huhn übrig geblieben. Im Zittauer Kreis haben auf Anregung unserer Partei die Bauern eine Grossviehsammlung durchgeführt, zum Teil haben Bauern, die über mehr Vieh verfügen, etwas Vieh abgegeben, zum Teil wurde das Vieh von gesammeltem Geld bezahlt. Dieses Vieh wurde in die völlig leeren Teile des Kreises Zittau gebracht. Diese ganze Aktion wurde unter Führung der KPD durchgeführt und das hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die Bauern sind stolz mitgegangen, das Vieh war geschmückt, rot vorherrschend. In ~~dem Kreis~~ diesem Teil von Zittau haben wir 121 Kühe gesammelt - und das ist schon eine riesige Hilfe.

68 Nun zu einer anderen Sache: ohne den Gedanken der Solidarität wäre es nicht möglich gewesen, die Herbst-Kampagne durchführen zu können. Die Ernte-Kampagne war viel leichter, als die Herbstbestellung. Die Ernte hereinzubringen, ist bei uns 100-prozentig gelungen, aber bei der Durchführung der Herbst-Kampagne haben wir grosse Schwierigkeiten: es sind keine Maschinerien und kein ~~Zucht~~ Zugvieh vorhanden. Wir müssen Zugvieh und Maschinerien über weite Gebiete transportieren, was eine riesengrosse Arbeit bedeutet. Wir haben mit der Landesverwaltung und mit der Landeskommission für die Bodenreform vereinbart, dass diese Kommission 8 Instrukteure einstellt, die Autos bekommen, die von der Landesverwaltung finanziert werden und welche die Bodenreform organisieren, d.h. praktisch durchführen.

- - - - -

Gesetz Koenen, - Provinz Sachsen 17

Die Bewegung für die Bodenreform war in der Provinz Sachsen mehr eine spontane, eine systematische Arbeit war weniger vorhanden. Als wir das Gesetz den anderen Parteien gegeben hatten nur Vorbereitung der Annahme in der Provinz, standen sie alle drei restlos auf dem Standpunkt der Ablehnung, und zwar die Christlich-Demokraten und die Liberal-Demokraten mit der Begründung, dass es in diesem Jahr nicht durchführbar sei, dass sie erst zu dem Inhalt Stellung nehmen müssen. Sie müssen Wochen gebrauchen, um Abänderungen vorzubereiten. Die Sozialdemokraten lehnten ab mit der Begründung, dass sie wohl im Grunde dafür seien, doch dass das Gesetz noch in diesem Jahre durchgeführt wird, aber sie müssten sich erst dazu äußern können, sie wollten noch weiter gehen. Die Überstürzung, mit der wir die Bodenreform durchführen mussten, hat uns in eine ausserordentlich schwierige Situation gebracht gegenüber den anderen drei Parteien. Wir haben in 3 - 4 Tagen mit den Blockparteien sowie mit der Provinzialbehörde die Arbeit durchsetzen müssen, und wir haben sie durchgesetzt. Wir hatten in der ersten Sitzung, die wir mit dem Provinzial-Ausschuss hatten, diesen solange vor die Frage gestellt, ob sie die Kampagne mit uns gemeinsam vor aller Öffentlichkeit durchführen wollten, oder ob Sie wegen der Bodenreform den Block auseinanderfallen lassen wollen. Wenn sie der Kampagne zustimmten, müssten sie sich aber schnell entschliessen damit die Aussaat und die Herbstbestellung noch vorgenommen werden

- 4 -

kann. Sie haben eine Resolution eingebracht, in der es heisst, es muss sofort eine Reform durchgeführt werden, die im Grunde dem entspricht, was vorlag. Sie lebten zurzeit in dem Gedanken, dass sie eigentlich diejenigen waren, die sich für die Bauern einsetzten, während die Kommunisten bei den Bauern keinen Einfluss hätten. Als wir nun anfangen, den Spiess umzudrehen, brachten wir lange-am Zersetzung in die Kreise hinein. Es blieben im ganzen zwei von den Liberal-Demokraten übrig, die bis in die Provinzial-Verwaltung erklärten, sie sind gegen das Gesetz, das wäre der Zusammenbruch. Als die Mehrheit doch fest geblieben war, erklärten sie weiter, sie werden nun mit unterschreiben, damit das Gesetz mit Energie durchgeführt werden kann. Die ganze Arbeit auf dem Dorfe ist von unseren Parteigenossen durchgeführt worden. - Wir haben gestern eine grosse Konferenz gehabt, auf der sämtliche Kreissekretäre und Landabteilungs-Leiter vertreten waren, im ganzen 30 Mann. Wir haben einen neuen Vorstoss besprochen, wie jetzt die praktische Aufteilung in Angriff genommen wird. Die Dorfkommisionen sind überall gebildet. Die Bestandsaufnahme auf allen grösseren Gütern, 2100 kommen dafür in Frage, wurde durchgeführt. In jedem Kreis wird die Kreisbodenkommission mit einer örtlichen Bodenkommission gemeinsam die praktische Aufteilung auf einem Gut beginnen, um Erfahrungen zu sammeln, um selbst zu sehen, mit welchen Schwierigkeiten sie es zu tun haben, so dass im Laufe der nächsten Woche in jedem Kreis ein Gut aufgeteilt wird.

Dorfkommisionen werden über 2.000 sein, im ganzen gibt es 44 Kreise. Es gibt bis jetzt noch bei unseren eigenen Genossen und auch bei uns eine Reihe von Fragen, die Schwierigkeiten machen, die zentral geklärt werden müssten. Da ist die Frage ~~der~~ der Pächter. Es gibt Pächter, die Grossgrundbesitz gepachtet, es gibt Bauern, die ihren Acker gepachtet haben, aber schon seit vielen Generationen auf diesem Boden sitzen als Pächter. Sie haben dort ihren Hof angelegt, alles so eingerichtet, wie ein Bauer seine Wirtschaft einrichtet. Es gibt kleinen Pächter von 6-8 ha aber auch bis 30 ha. Dieser Grossgrundbesitz muss dem Bodenfond überführt werden, aber der kleine Bauer wird verjagt. Es ist nicht gesagt, dass das notwendig ist. Vielleicht besteht die Notwendigkeit, dass man solchen Boden in Provinzial-Eigentum übergehen lässt, dass man den kleinen Pächtern bis zu einer gewissen Grenze dieses Land überlässt und die grossen Pächter auflöst. - Es muss festgestellt werden, dass der Grund und Boden in der Provinz Sachsen für die Bewerber nicht ausreicht.

- 5 -

19

- 5 -

Es gibt eine Reihe von Grundbesitz unter 100 ha, der nicht der Beschlagnahme unterliegt, aber der Besitzer selbst hat das verpachtet, er wohnt in der Stadt und schon seit langen Zeiten lebt er von dem verpachteten Land, ohne etwas selbst zu tun. Wir sind der Meinung, dass dieses Land genommen wird.

Es gibt Gebiete, sumpfige, sandige und Überschwemmungsgebiete, von denen die Bauern 120 - 140 ha besitzen. Verglichen mit einem Durchschnittsboden hat das Gelände nur einen Wert von 20-40 ha. Sollen diese Leute enteignet werden? Es sind keine Grossgrundbesitzer, sondern Mittelbauern, weil sie schlechtes Land haben.

Wie haben sich die Sozialdemokratische und die anderen Blockparteien verhalten nach der Komödie, nach der Abgabe des Gesetzes? Die Sozialdemokraten erklären immer wieder, dass sie auf dem Boden der Bodenreform stehen, sie treten dafür ein, dass sie durchgeführt werden muss, aber man sieht praktisch keine intensive Hilfe. Es hängt davon ab, ob man einen Mann findet, der sich persönlich dafür interessiert, aber die Sozialdemokratische Partei hilft nicht. Sie sprechen nur von der Erhaltung des Grossbetriebes und der Bildung von Genossenschaften. Mitglieder der Bodenkommissionen sind sehr viele Parteilose, wir haben sehr wenig Kommunisten auf den Dörfern.

72

Die Liberal-Demokraten haben in dieser Kampagne bewiesen, dass sie Parteien sind ohne Mitglieder. Ihre Protokolle, die sie in 6-8 Seiten an die Militärverwaltung eingeschickt haben, sind Schwindel. Es sind nur Kommunisten, die in der Land-Kampagne arbeiten, von einer Partei der Liberal-Demokraten findet man draussen nichts. Wir haben eine gute Überprüfung der anderen Parteien und des Schwindels, den sie aufgezogen haben, das trifft auch im grossen und ganzen auf die Sozialdemokraten zu. Sie geben falsche Zahlen an über ihre Mitgliederbestände.

Die Bauern sind bisher von den politischen Parteien nicht beeinflusst gewesen, die Bauernschaft ist sehr wenig berührt worden von der Politik. Sie sind ideologisch von den Nazis beeinflusst, sie standen den Dingen abwartend gegenüber. Unsere Leute, die zur Erntearbeit auf das Land kamen, waren die ersten, die mit der politischen Arbeit begannen. In einzelnen Ortschaften wird gesagt, dass die Kommunisten die einzigen sind, die den Bauern helfen. Auf den Dörfern erfolgt gegenwärtig eine grössere Zahl von Mitgliederaufnahmen. Es sind sehr viel Ortsgruppen gebildet worden, vor allem von Landarbeitern.

- 6 -

Eine wichtige Frage ist die Mitgliedschaft von solchen, die in der NSDAP waren. Man muss Formen finden, sie irgendwie zu erfassen, wie wir sie mit der Partei verbinden, damit sie praktisch mit der Partei arbeiten.

Die Agitation ist bei uns nicht immer auf der Höhe gewesen. Die Form der Agitation war wenig neu. Es wurden Broschüren und Flugblätter herausgegeben, das Gesetz wurde für Plakate gedruckt. Aber
69 trotzdem spürt man auf dem Dorfe e von einer Agitation wenig.

Eine weitere Frage, die gegenwärtig von den Bauern angeschnitten wird, ist die Überlastung der Arbeitskraft und der Mittel, die sie
44 zur Verfügung haben für die verschiedensten landwirtschaftlichen
73 Kampagnen, die zu gleicher Zeit ausgeführt werden sollen. Sie sind gewohnt gewesen, im Winter zu dreschen bis ins Frühjahr hinein. Jetzt müssen sie die ganze Arbeit umstellen. Sie haben angst, dass sie den Befehlen der Militärbehörden nicht nachkommen. Sie sehen nicht, wie sie mit der Arbeit fertig werden sollen und ein Befehl kommt nach dem anderen. Die Befehle sind Zentralbefehle, also Dinge, wo die Ortskommandanten selbst eine Riesenangst haben, dass sie sie nicht durchführen. Aus dieser Angst heraus entstehen auf den Dörfern Zusammenstöße, die immer zu unliebsamen Dingen werden.

Daneben steht bei uns die Frage der Zuckerrüben-kampagne. Es besteht der Befehl, jetzt im September, die Zuckerrübenernte zu beginnen, während sie sonst im Oktober beginnt. Die Fabriken sind aber noch nicht fertig. Es kann passieren, dass unsere Zuckerrüben auf dem Felde stehen aber nicht verarbeitet werden können in den Zuckerfabriken, und die Bevölkerung nicht mit Zucker beliefert werden kann. Von der Zuckerrübenernte in unserer Provinz könnte halb Deutschland beliefert werden. Die Zuckerrübenfrage ist eine politische Frage. Es müssen grosse Mengen Koks zur Verfügung gestellt werden, ebenso die Transportmittel. Es ist keine Provinzangelegenheit, sondern eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes.

Ebenso steht es mit der Kartoffelfrage. In Sachsen werden viel mehr Kartoffeln angebaut, als die Provinz braucht, so dass auch hier die Frage des Transportes steht für die Versorgung von Berlin mit Kartoffeln.

Das sind Probleme, die auftauchen in den Diskussionen mit den Bauern, das zeigt, wie sie e weit über ihren engen Kreis hinaussehen, dass es falsch ist, wenn die Angehörigen der anderen Parteien auftreten und

behaupten, der Bauer versteht nichts. Der heutige Bauer in Deutschland hat keinen engen Horizont, er sieht die Notwendigkeiten, die Bedürfnisse des ganzen Volkes ein. Gerade in einem Punkt können wir das sehen: Sie sind bereit, für die Ware im Freihandel jeden Preis abzuschliessen. Teils kommt das aus der Zwangswirtschaft, unter der sie jahrelang standen, teils aber auch aus dem Gefühl, dass die Bevölkerung so viel durchgemacht hat, dass sie jeden Preis annehmen müssen. Wir müssen feststellen, dass wir bei den Bauern für breite Kampagnen den Boden finden können.

21

- 4 -

II. Genosse Franz Schneider, Thüringer, ~~erzählt vom~~
~~Fort und Schicksal~~

Bei uns begann die Bodenreform eigentlich mit einer sehr günstigen Versammlung. Wir hatten schon einen Monat vorher aufgerufen zu einer antifaschistischen Bauernversammlung nach Weimar. Am 2.9. kamen tatsächlich zu uns nach Weimar etwa 1800 Bauern, keine Parteigenossen, sondern Bauern. Der Saal war überfüllt. Die Bauern waren eingeladen vor allem von der KPD. Auf dieser Versammlung sprach der Genosse Hörnle und dort wurde das erste Mal zu der Frage der Bodenreform Stellung genommen, die Bauern wurden gewissermassen vor diese Tatsache gestellt. Es ergab sich, dass die Bauern die Frage der Bodenreform lebhaft begrüßten.

Die zweite Frage war die der Ablieferungsnorm im Zusammenhang mit der Bodenreform. Es ergab sich, dass das richtig ist und die Bauern so etwas erwarteten und es wurde auch eine Resolution in dieser Form abgefasst. Am Dienstag kam dann das Sächsische Gesetz heraus. Alle Vertreter der Blockpartei^{en} waren eingeladen und der Zivilverwaltung. Es war dort der Präsident und sprach, dass er ihnen ein Gesetz der Bodenreform bringen wird. Ausserdem war noch ein Landwirtschaftsminister von der Christlichen Union da, kein Mensch war von der SPD anwesend. Die Sozialdemokraten hätten angeblich die Einladung zu spät bekommen. Die anderen Parteien waren also vertreten. Dann kam das Gesetz. Wir hatten eine Entschliessung vorbereitet und eine Blocksitzung einberufen. Es kamen tatsächlich alle Vertreter der Blockparteien: sie wären nicht in der Lage, im Laufe von 24 Stunden über das tiefe Problem der Bodenreform mit ~~einer~~ ^{ihrer} Partei zu verhandeln und man könnte also am selben Tag keine Entschliessung über die Bodenreform annehmen. Darauf sagte ich dem Vertreter, die Stellungnahme der KPD sei doch den Bauern bekannt; sie gingen darauf nicht ein und die Sache wurde um zwei Tage verschoben. Am andern Tag lud der Präsident die Blockparteien zu sich ein zu einer Sitzung der Zivilverwaltung und stellte dort die Frage für die Bodenreform ~~und~~ und dann für die s o f o r t i g e Durchführung der Bodenreform. Die Christliche Union verneinte diese Frage. Am gleichen Abend fand dann um 6 Uhr nochmals eine Sitzung statt, mit einer neuen Entschliessung der Blockparteien. An diesem Abend haben die demokratischen Parteien und wir eine Entschliessung vorbereitet. Wir waren uns alle 20 einig und brachten eine Entschliessung heraus über die Bodenreform, welche

- 5 -

- 5 -

sofort angenommen wurde.

Dann begann nun die Frage des Gesetzes. Wir hatten uns dies-
halb zusammengesetzt und die Kommission hatte das Gesetz auch an-
genommen. Aber dann kam man zur Ausarbeitung des Gesetzes und man
hat das Gesetz einem Mann der Christlichen Union gegeben, nämlich
dem landwirtschaftlichen Direktor und der hatte über Sonntag Zeit
gehabt, aus dem Gesetz etwas ganz anderes zu machen. Der Landwirt-
schaftsminister hat gesagt, das Gesetz kenne ich ja gar nicht.
Das Gesetz wurde zwar angenommen, später wurde aber festgestellt
dass das Gesetz aber doch nicht dem entsprach. So mussten wieder
Änderungen vorgenommen werden. Es wurde eine neue Sitzung einberaumt
und es wurden die neuen Änderungen angenommen. Jedoch erst beim
dritten Mal wurde das Gesetz einstimmig angenommen.

Jetzt war das Gesetz schliesslich in der endgültigen Fassung
angenommen, aber die Blockparteien hatten zu einer Sitzung
eingeladen und waren nicht einverstanden mit dem Gesetz. Sie beriefen
sich darauf, da seien doch antifaschistische Grossgrundbesitzer
darunter und es wäre doch nicht richtig, dass ihnen alles weggenommen
wird usw. Sie haben dann den ganzen Abend gesessen und sind zu
keiner Lösung gekommen. Es kam dann zu einer Abstimmung, die KPD
stimmte dafür, dass das Gesetz richtig ist, die anderen dagegen,
sie wollten einen Passus im Gesetz haben, dass die antifaschistischen
Grossgrundbesitzer nicht enteignet werden. Am Ende der Sitzung
kam ich hin und - eine sehr interessante Tatsache - alles atmete
gewissermassen auf. Wir kamen dann zu einer Einigung und die
Frage der Bodenreform war gelöst.

In Bezug auf die Durchführung des Gesetzes ist es tatsächlich
ähnlich wie in den anderen Provinzen auch, dass sich tatsächlich
nur die Kommunisten stark dafür einsetzen. Wir haben Plakate heraus-
gebracht, Broschüren herausgegeben, sodass etwa 1 Million Exemplare
des Gesetzes in Thüringen vorhanden sind. Ausserdem hat die SPD
das Gesetz auch herausgegeben. Wir sind mit den Sozialdemokraten
zu folgender Vereinbarung gekommen: dass wir gemeinsame Funktionäre
Versammlungen und auch öffentliche Versammlungen machen mit dem
Thema "Bodenreform" und zwar soll ein Redner von der KPD und einer
von der SPD sprechen. Zur praktischen Ausführung sind wir noch
nicht gekommen. Das war ein Beschluss, den wir erst diese Woche
gefasst haben.

- 6 -

- 6 -

Es sind dann auch bei uns dieselben Fragen aufgetaucht, wie in den anderen Provinzen: Nichtaufteilung des Bodens, genossenschaftliche Bewirtschaftung usw.

Die grössten Schwierigkeiten macht uns die Christliche Union, nicht die Demokraten, und gerade auch deswegen, weil der Landwirtschaftsminister der Vorsitzende der Partei ist. Er hat schon eine ganze Liste von Gütern vorbereitet, deren Inhaber nicht enteignet und deren Boden nicht aufgeteilt werden darf.

In Bezug auf den kirchlichen Besitz stellte die Christliche Union bei uns den Antrag, dass auch der kirchliche Boden enteignet werden soll. Nachdem wir das abgelehnt haben, haben sie gesagt, wir sollten einen Passus bringen, dass die Kirche freiwillig den Boden abgeben soll. Wir haben das stillschweigend gestrichen und haben gesagt, wenn die Kirche das will, soll sie doch den Boden abgeben, aber das soll man doch nicht im Gesetz verankern.

In einzelnen Gegenden ist es in Bezug auf den Boden sehr verschieden bei uns. Wir haben nicht allzu viel Boden, aber wir haben sehr viel Wald. Die Aufteilung spielt bei uns mehr eine propagandistische Rolle. Man geht in einzelnen Dörfern sogar schon dazu über, die Dörfer zu plündern, die Bauern des Gutes selbst plündern gemeinsam mit Rotarmisten. Dies ist mir von 3 Gütern mitgeteilt worden, aber die Dinge sind natürlich schnell beigelegt worden.

44 Nun zur Einstellung der Bauern zur KPD. Die Bauern stehen heute der KPD durchaus nicht mehr ablehnend gegenüber. Das konnten wir auf der Bauernkonferenz merken. Bauern mit 40, 50, ja sogar 80 ha waren auf der Konferenz anwesend und haben gesagt, dass sie einverstanden sind mit der Bodenreform und des weiteren, dass sie sich freuen, dass diese Zwangsgesetze der Faschisten aufhören und wendeten sich damals gegen die ungerechte Verteilung der Norm, nicht gegen die Höhe der Norm. Wir haben ~~inzwischen~~ einige Dörfer, die liegen im Thüringer Wald, da haben wir schon folgendes erlebt: Aus Angst vor der Bestrafung haben die Bauern aus den Niederungen Getreide gekauft, um es abzugeben.

In gewissen Dörfern des Thüringer Waldes haben wurde eine sehr hohe Heuabgabe festgelegt. Die Heuabgabe führt dazu, dass bei uns im Thüringer Wald in diesem Winter kein einziges Stück Vieh bleiben kann (in einzelnen Kreisen, nicht im ganzen Thüringer Wald).

- 7 -

24

- 7 -

Was die Meinung der Bauern anbetrifft, so haben wir in einzelnen Kreisen schon recht gute Ergebnisse in Bezug auf unsere Partei. Im Kreis Langensalza hatten wir schon vor 1 1/2 Monaten in jedem Dorf ein Bauernkomitee. Die meisten Bauern sind in der faschistischen Partei gewesen. Es ist schon eine Organisation da gewesen, die Frage der Bodenaufteilung ist also leicht gewesen. Die Bauern lesen tatsächlich unsere Zeitung, heben sich einzelne Artikel unserer Zeitung auf. Natürlich sind sie etwas skeptisch, sie sagen: "Meint Ihr das auch ehrlich, denn die Nazis haben uns auch so manches gesagt, sie haben es jedoch nicht durchgeführt!" Die Bauern sagen weiter: "Es war eine grosse Dummheit, dass ich damals in die NSDAP hineingegangen bin. Werde ich nun mein Vieh usw. behalten können?" Ich habe gesagt, Euch geschieht nichts, Ihr könnt weiter arbeiten. Sie waren beruhigt und glaubten mir. Es spricht sich sofort herum, wenn man als Kommunist ins Dorf kommt und diskutiert.

80

81

In Sondershausen haben wir in 71 Dörfern immerhin 32 Ortsgruppen, ein sehr gutes Ergebnis. Allerdings sind die Ortsgruppen noch sehr klein, sie bestehen meist aus 3 Mann. Weiterhin kann man feststellen, unsere Zeitungen reichen nicht, unsere Zeitungen werden von den Bauern gefordert.

Einzelnen Genossen wird gewissermassen die Herrschaft über 1 oder 2 Kreise gegeben; sie haben die Bodenreform angekurbelt. Alle 3 - 4 Tage werden die Genossen an diese Stelle fahren, um zu kontrollieren, inwieweit dieses durchgeführt ist. In einzelnen Dörfern finden sich gewisse Widerstände gegen die Bodenreform. Die Bauern sagen, es geht nicht, dass wir aufteilen und der Gutsbesitzer war doch ein so guter Mann, man soll ihm wenigstens 5 ha lassen.

Wir haben in Weimar das Bauhaus und ein Genosse ist dort Architekt. Er arbeitet ein Objekt aus, wie kann man mit dem billigsten und besten Material eine Unterkunft bauen, damit endlich dieses Argument zerschlagen wird, wo können die Leute im Winter wohnen.

82

Die Frage des Pachtlandes ist wichtig. In Thüringen ist diese Frage besonders wichtig; dort ~~kommt~~ ^{bekommt} der Mittel- und Kleinbauer 10 - 12 ha Pachtland. Der Mann ist praktisch ein Kleinbauer oder ein kleiner Mittelbauer. Wenn man jetzt dieses Land wirklich verteilt, dann schädigt man nicht das Gut, sondern man schädigt den Mittelbauer und bringt ihn gegen uns. Das sollte man nicht tun.

- 8 -

- 8 -

Wir sollen heute nicht den Mittelbauer auf die Gegenseite stossen. Man sollte sagen: Du behältst Dein Pachtland, es soll nicht aufgeteilt werden. Damit tun wir niemandem weh und wir haben diese Mittelbauern auf unserer Seite. Wenn wir dann in 2 bis 3 Jahren politisch stark genug sind, dann können wir sie in der einen oder anderen Form in die Genossenschaften überführen. Auf diese Weise werden wir dann in Thüringen fast die gesamte Bauernschaft für die Bodenreform haben.

---.---.---.---.---

Gen. Sägebrecht - Brandenburg

46 AB

In Brandenburg ist der Aufruf günstig aufgenommen worden. Unsere Partei und auch andere Stellen glaubten noch nicht im Ernst daran, als jetzt plötzlich die Kampagne für die Bodenreform durchgeführt wurde. Während wir es verhältnismässig leicht hatten, den Aufruf zustande zu bekommen mit der Sozialdemokratischen Partei, so stand doch die Frage, dass die terminmässige Durchführung der Bodenreform im Anfang nicht überall innegehalten wurde. Erst als die Verordnung herauskam, ergriff die Bauernschaft Begeisterung und Schwung. Als die ersten Versammlungen durchgeführt wurden, war die Lebhaftigkeit der Bauern eine sehr starke, sie interessierten sich sehr stark für die Bodenreform, wir hatten Versammlungen, wie wir sie noch nie gehabt haben. Auf diesen Versammlungen wurden durchweg eine lebhaftige Begrüssung der Bodenreform festgestellt nicht nur von den kleinen Bauern, sondern darüber hinaus auch von den Mittelbauern, die gern aus alter Feindschaft gegen den Grossgrundbesitz eine alte Rechnung bezahlen wollten.

Mit den Sozialdemokraten haben wir auf Arbeitsausschuss-Sitzungen gesprochen. Es wurden die Fragen der Genossenschaften, der Güter und Forsten besprochen. Praktisch hat sich ergeben, dass man dort nur leere Reden führte, ohne für eine wirkliche Arbeit durchzuführen. Wir konnten feststellen, dass bei der Durchführung von Bürgermeister-Sitzungen in einzelnen Kreisen Landräte oder Oberlandräte sich nicht gegen ~~xxxxxx~~ die Bodenreform ausgesprochen hatten, aber man diskutierte darüber, dass 5 ha zu wenig seien. Die Bauern wurden aufgefordert zu protestieren, sie sollten Sturm laufen gegen die 5 ha. Wir beriefen eine grössere Bauernkonferenz in Angermünde ein. Von Dr. Bornkessel wurde die Frage der 5 ha aufgeworfen.

- 8 -

85

Keine Stimme war der Meinung, dass man 5 ha als nicht genügend betrachtet. Umgekehrt, die Fragen stehen mit einigen Leuten, die von der Stadt Berlin als Verwalter in den Kreisen sitzen. Sie gehören der Christlich-Demokratischen Partei an, verwalten ein Stadtgut und befürchten, ihren guten Posten zu verlieren. Die Christlich-Demokraten stellen sich gegen die Bodenreform, versuchen, die Gemeindeglieder zu beeinflussen, dass sie in der Durchführung der Bodenreform die Bestimmungen nicht durchführen. Als wir die Verordnung durchsprachen, teilten wir uns als Mitglieder auf und fuhren durch alle Kreise, um so festzustellen, inwieweit die Behörden die Bildung von Gemeindekommissionen durchführen. Wir stellten fest, dass in Kreisen, wo keine Genossen sassen, die Durchführung der Bildung von Gemeindekommissionen sehr zögernd in Angriff genommen worden ist. Wir drangen darauf, dass sofort die Gemeindekommissionen gebildet werden. In anderen Kreisen wieder ist eine direkte Begeisterung vorhanden, ein Enthusiasmus, mit dem unsere Leute vorgegangen sind..

Eine weitere Frage ist die, dass wir in einigen Gemeindeboden-Kommissionen nach Überprüfung von der Partei einige Aussprachen durchführen mussten, weil nicht die Anhänger der Bodenreform in der Bodenkommission waren. Das ist eine wichtige Frage. Solange die Partei dort ist, solange sie die Kraft spüren, die hinter ihnen steht, dann gehen sie an die Durchführung der Bodenreform heran, wenn die Kraft aber weg ist, unterliegen sie den Stimmungen der alten Grossgrundbesitzer, werden sie oftmals schwach, dann kommen sie mit solchen Fragen, lassen sich breit schlagen: das Gut liesse sich nicht aufteilen usw.. Es bedarf dann wieder einer Anleitung der Kreisleitung, um sie zu stärken. Wir müssen von uns aus noch weiterhin mit den Landräten in Kontakt bleiben bis in die kleinsten Dörfer, dass auch hier den kleinen Bauern geholfen wird, die die Bodenreform durchführen wollen, aber die Kraft nicht verspüren, und leicht den Stimmungen der Grossgrundbesitzer unterliegen.

Die Bauern kommen mit den Fragen der Saatgutbestellung. Sie wollen die Länder zum Herbst bestellen, haben aber kein Saatgutgetreide, wer gibt es ihnen? Wir haben sofort mit den Landräten gesprochen, dass das Saatgutgetreide für die Wintersaat aus den Beständen der grossen Güter genommen werden muss. Es muss festgestellt werden, wo Saatgutgetreide fehlt.

Andere Fragen tauchen auf. So ist der Besitzer von einem Gut flüchtig.

- 9 -

der Sohn ist da im Alter von 15-16 Jahren, kann man dem die Wirtschaft übergeben? Die Gutsbesitzer kommen, sie werden von der Kreisbodenkommission abgewiesen und kommen dann zur Partei. Sie sind Besitzer von 200 - 300 ha Land, sie sagen, sie seien doch keine Nazi gewesen, und wir müssen ihnen sagen, die Gemeindebodenkommission wird die Regelung so durchführen, wie es notwendig ist. Sie werden auch in dem neuen Staat zurecht kommen und ihren Teil erhalten. In vielen Orten unterliegen unsere Leute noch diesen Einflüsterungen.

Es sind noch nicht restlos in allen Orten Gemeindeboden-Kommissionen gebildet.

Dort, wo wir schon eine gute gemeinsame Arbeit geleistet haben, kommen die Bauern zur Partei. Ein Teil der Bauern, die bei den Nazis waren, versuchen es zu verschweigen, aber andere sehen ein, dass es nicht richtig war, dass sie zur NSDAP gegangen sind, und sie wollen heute der KPD beitreten. Wir haben ihnen gesagt, dass sie sich in der Bodenreform als Antifaschisten bewähren sollen, später wird für sie auch die Frage stehen, ob sie Mitglied der Partei werden können. Es kamen auch Bauernsöhne, die sagen, der Vater ist Funktionär bei den Nazis gewesen, der Bruder war Sturmbannführer, aber er hätte nie etwas mit den Nazis zu tun gehabt, er hätte immer gegen seinen Bruder gestanden, und er bittet um die Aufnahme in die KPD. Wir haben gesagt, wenn die Frage sich so verhält, wie er es erklärt, soll er uns Beispiele bringen dafür, dass er Stellung genommen hat gegen die Familie, dass wir dann die Frage stellen können, dass er in die Partei aufgenommen wird.

Die faschistischen Umtriebe wirken sich darin aus, dass sie in der Frage der Bodenreform die 5 ha aufgreifen. Wir müssen dort auf dem Lande, wo wir früher keine Ortsgruppen hatten, vorsichtig sein, damit sich nicht unter dem Deckmantel der Kommunistischen Partei Faschisten organisieren können.

Die sozialdemokratischen Genossen in den einzelnen Dörfern arbeiten mit uns als Landarbeiter sehr gut zusammen, und gerade die sozialdemokratischen Landarbeiter nehmen Stellung gegen die Ausführungen von Dr. Bornkessel. Sie erklären, dass sie sich unserer Meinung anschließen und gegen die SPD Stellung nehmen.

Die Durchführung der Bodenreform wird uns eine starke Möglichkeit

geben, in der nächsten Zeit bei den Bauern Einfluss zu gewinnen. Insbesondere bei den Besprechungen in der Kreisboden-Kommission haben wir praktische Erfahrungen gesammelt, was wir schulungsmässig praktisch durchsprechen müssen, damit bestimmte bauernfeindliche Einstellungen überwunden werden können, insbesondere auch in gemeinsamen Beratungen und Funktionär-Konferenzen mit den SPD.-Leuten.

29

- 9 -

~~III. Dann meldete sich Genossin Köppe, Berlin, zur~~
~~Diskussion. Nachdem er zunächst etwas sagte, wandte~~
~~sich zum Thema ab. Er sagte, es geht keine~~

Zur Bodenreform liegen aus Berlin sehr viele Zustimmungserklärungen vor, ^{mehr aus den Betrieben.} in Berlin selbst haben wir ja meist nur die städtischen Güter zu liegen. Wir sehen doch die Betriebe, wie sie arbeiten, wie sie sich mit der Bodenreform vertraut machen. Als die Betriebe hörten, dass überall auf dem Lande die landwirtschaftlichen Geräte fehlten, fingen alle Betriebe in Berlin mit einem Mal an, diese landwirtschaftlichen Geräte zu bauen, sodass jetzt in Berlin ein Überangebot davon ist. Man muss einzelnen Betrieben sagen, dass sie etwas anderes produzieren, als landwirtschaftliche Geräte. Einzelne Betriebe sind dazu übergegangen, dass sie ihre Erzeugnisse nahmen und selbst aufs Land hinausgefahren sind, um Gemüse usw. dafür einzutauschen. Aber das ist nicht zu verallgemeinern. Betriebe, die direkt auf das Land hinausgefahren sind, um ihre Produkte einzutauschen, sind wenig.

Von Berlin ist nicht viel zu berichten. Dass sich die Bezirke sehr mit der Bodenreform beschäftigt haben und darüber viel diskutiert worden ist, steht fest.

In Bezug auf die Bodenreform kann man von Berlin nur berichten, dass einzelne Betriebe getauscht haben, aber das sind wenige. Wir haben ja nichts aufzuteilen, die städtischen Güter sind ja nicht aufzuteilen.

Genossin Schmidt - *Schmidt*

führte aus, dass sich die Berliner Bevölkerung mit der Lösung der Transportmöglichkeiten befassen muss, mit der Wiederherstellung der Brücken und der Herstellung der Wasserwege, um den Transport von Berlin in die anderen Bezirke in Schwung zu bringen. Möglichkeiten bestehen in Lichtenberg, Weissensee, wo grosse Güterbahnhöfe sind. Man muss sich konkret damit befassen, wie können wir innerhalb von 4 Wochen den Transport wieder in Schwung bringen, so dass wir imstande sind, im Herbst Produkte herein und heraus zu bringen. Das ist mit eine entscheidende Unterstützung der Bodenreform.

den 23.9.45/Gr.

Protokoll Nr. 32

der erweiterten Sekretariatssitzung am 28.9.1945

Anwesend: Liste der Teilnehmer siehe Beilage.

Tagesordnung:

1. Aufgaben der aktuellen Agitation und Propaganda
Referent: Fred Oelssner
2. Aufgaben zum Beginn des neuen Schuljahres
Referent: Paul Wandel

An der Diskussion beteiligten sich: Winzer, Hauser, Gute, Grünberg, Korbelt, Heymann, Dahlem, Einicke, Wolf, Kessler, Herholz, Schällicke, Winzer.
Das Schlusswort wurde von Ackermann gehalten.

Die Ausführungen wurden stenografisch aufgenommen.
Stenogramm siehe Beilage.

- - - - -

Teilnehmerliste der erweiterten Sekretariats-Sitzung am 2.9.45

Pieck, Dohlem, Ackermann;

Mecklenburg: Hernalz, Kurt Agitpropsekretär d. BL
 Grünberg, Fritz Volksbildungsamt der Landes-
 verwaltung

Thüringen: Heymann, Stefan Agitprop-Sekretär der BL
 Jonas, Horst Agitpropleiter von Erfurt
 Wolf, Walter Volksbildungsamt der
 Landesverwaltung

Prov.Sachsen: Einicke, Ludwig Agitpropsekretär der BL

Land Sachsen: Keller, Gertrud Agitpropsekretär der BL
 Guthe, Herbert Kulturreferent der BL
 Dengler, Gerhard Redakteur der Volkszeitung
 Sachsen

86

Brandenburg: Brockhoff, Bruno Agitpropsekretär der BL
 Lorbel, K. Agitpropmitarbeiter der BL
 Rücker Volksbildungsamt der
 Landesverwaltung

Groß-Berlin: Schmidt, Waldemar Agitpropsekretär der BL
 Schmidt, Elli Frauenleiterin der BL
 Winzer, Otto Volksbildungsamt des
 Magistrats

Volksbildungsamt
 der Zentralver-
 waltung: Wandel, Paul Direktor

Agitpropabteilung des ZK: Fred Oelssner, Elli Winter, Bruno Braun,
 Ulrich Paterna, Marie Rentmeister;

Jugendabteilung beim ZK und Jugendausschuß: Lonecker, Kessler,
 Kolack, Felken, Freund;

Gyptner, Leonhard, Trauber, Alfred Oelssner, Mehn, Schölicke,
 Lotte Ulricht, Grete Kailson, Frieda Walter;

Mahle-Rundfunk, Fritz Lipenbeck-LVZ, Böhnke-Zentralverwaltung
 für Arbeit und Sozialfürsorge, Meier-BL Pankow;

H.Hauser, Edith Hauser, Otto Niebergall;

Svend Thorsen, KP-Dänemark

49

im korrigierten Manuskript

Stenographische Niederschrift

über die Sekretariats- und Agitprop-Leiter-Sitzung

am Freitag, dem 28. Sept. 1945, 11 Uhr,

in Berlin, Wallstr. 76 II

-.---.---.---.---

P i e c k : Genossen! Die erweiterte Sekretariatsitzung findet statt unter Hinzuziehung der Leiter der Agitprop-Abteilungen und der Volksbildungsämter in den Bezirken. Die Tagesordnung ist:

- 1) die Aufgaben unserer Agitprop-Arbeit auf Grund der Gesamtsituation,
- 2) die Aufgaben der Volksbildungsämter in Zusammenhang mit der Schulreform.

Vorgesehen sind zwei Referate: Gen. Oelssner wird über die Agitprop-Arbeit, Gen. Wandel über die Volksbildungsarbeit sprechen. Beide Referate werden hintereinander gehalten und gemeinsam diskutiert. Das Schlusswort wird Gen. Ackermann halten.

O e l s s n e r : Genossen und Genossinnen! Die Aufgaben unserer Agitation und Propaganda und unserer Kulturarbeit überhaupt können natürlich nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage, mit der Einstellung der Partei zu den großen politischen Fragen und den praktischen Fragen des Wiederaufbaus gestellt und verstanden werden. Der Ausgangspunkt muß dabei die Tatsache sein, daß die Partei heute zu allen Fragen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaus eine andere Stellung einnimmt als früher, und zwar weil wir heute eine völlig geänderte Lage haben. Da wir können sagen: Wir haben heute in Deutschland eine Lage, wie sie in keinem Lande und zu keiner Zeit bisher existiert hat. Worin besteht diese veränderte Lage, dieses Neue der Lage? Infolge des unmittelbaren Zusammenwachsens des bürgerlichen Staatsapparates mit der Nazi-Partei und dem ganzen faschistischen Regime hat sich ergeben, daß die militärische Niederlage des Faschismus zugleich die Zertrümmerung des bürgerlich-faschistischen Staatsapparats mit sich brachte. Am Ende dieses Krieges hatten wir keinen staatlichen Machtapparat der Bourgeoisie mehr. Wir sind jetzt dabei, einen neuen Staatsapparat aufzubauen, und wir selbst als Kommunistische Partei nehmen an diesem Aufbau aktiv Anteil. Das bedingt aber natürlich eine ganz andere

re Stellungnahme unserer Partei zu diesen staatlichen Aufgaben.

Zweitens sind mit der Zerschlagung der faschistischen Partei die breiten Schichten unseres Volkes politisch führerlos geworden. Der Faschismus hatte bekanntlich die alten Parteien des Weimarer Systems liquidiert oder in die Illegalität gedrückt und an ihre Stelle die eine totalitäre Partei gestellt. Durch die Zerschlagung dieser Partei sind die breiten Massen politisch führerlos, und die politische Führung muß nun von den neuen antifaschistischen demokratischen Kräften übernommen werden.

Drittens hat das Ausmaß der Katastrophe am Ende des Krieges das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes gebracht, und die große nationale Frage, die heute vor allen aufbauwilligen Kräften Deutschlands steht, ist die Frage des Kampfes um die Existenz des deutschen Volkes und im Zusammenhang damit die Frage des Wiederaufbaus eines staatlichen Lebens, eines wirtschaftlichen Lebens usw.

Auch das neue politische Leben, das sich inzwischen besonders in der sowjetischen Besatzungszone entfaltet hat und immer größeren Umfang annimmt, weist völlig neue Züge auf. Anstelle der einen totalitären Partei sind neue Parteien getreten. Aber es ist nicht das alte politische System aus der Weimarer Periode mit den zahllosen Parteien, sondern wir haben heute anstelle der 20 oder 30 Parteien aus der Zeit des Weimarer Systems nur die 4 antifaschistisch-demokratischen Parteien - Rechtsparteien sind überhaupt verboten -, die eine Einheitsfront gebildet haben - darin zeigt sich eine gewisse politische Konzentration - und in den großen nationalen Fragen und politischen Fragen gemeinsam marschieren. Das ist der Ausdruck des großen und tiefen Dranges zur Einheit im ganzen Volke, der Ausdruck dafür, daß man eine Lehre aus den vergangenen 12 oder 13 Jahren deutscher Entwicklung gezogen hat.

Diese völlig veränderte Lage bedingt nun aber, daß alle Fragen heute ganz anders stehen, daß die Stellung der Komm. Partei zu allen Fragen eine andere sein muß als früher. Wir stehen heute anders zum Staate. Damals standen wir in Opposition zum Staate, weil es ein rein bürgerlicher Staat war, in der demokratischen Periode nur eine verkappte (Demokratie?) der Bourgeoisie. Heute nehmen wir am neuen Staate den aktivsten Anteil und sind zum großen Teil die Initiatoren des neuen Wiederaufbaus.

Eine völlig geänderte Lage und Stellung zur Sozialdemokratie! Darüber nachher noch Genauereres! Das kommt vor allen Dingen darin zum Ausdruck, daß wir im zentralen und lokalen Maßstab eine Aktions

Einheit mit der Sozialdemokratie schaffen, die Rückgrat und Grundlage der Einheit der 4 antifaschistischen Parteien darstellt.

Die Stellung zu den Gewerkschaften ist eine andere! Es sind Einheitsgewerkschaften, in denen wir als Komm. Partei maßgeblichen Einfluß ausüben. Wir nehmen jetzt am Wiederaufbau der Gewerkschaften unmittelbar aktiv teil, an der Lösung der Fragen, die heute konkret vor den Gewerkschaften stehen.

Dasselbe gilt für die Wirtschaft; obwohl die Wirtschaft im wesentlichen eine kapitalistische Wirtschaft bleibt, stehen wir doch anders zu ihr als früher, weil wir heute nicht an der Tatsache vorübergehen können, daß die Erhaltung der Existenz unseres Volkes, die Lösung der großen auch unmittelbar materiellen Aufgaben, die damit im Zusammenhang stehen, die Initiative zum Wiederaufbau und zur Wiederingangsetzung der Wirtschaft erfordert. In diesem Zusammenhang aber stellen wir unmittelbar die Frage eines sehr weitgehenden Mitbestimmungsrechts der Arbeiter, der Gewerkschaften, der Betriebsräte innerhalb der Wirtschaft.

Das heißt also: alle Fragen stehen heute für uns wesentlich anders, nicht darum, weil wir uns gewandelt haben, sondern weil die Lage heute völlig anders ist. Alle Fragen stehen breiter, umfassender, der Rahmen ist viel größer gespannt, und wir müssen lernen, in unserer ganzen politischen Arbeit im nationalen Rahmen zu denken; wir müssen die Probleme des Nation, des ganzen Volkes lösen. Das ist aber die Grundlage für die neuen Aufgaben, die heute vor der Agitation und Propaganda und vor der kulturellen Arbeit unserer Partei stehen. Wir machen heute nicht mehr einfach wie früher Parteimagitation und -propaganda. Das machen wir auch, aber unsere Aufgaben sind heute viel breiter und weiter gestellt. Wir müssen heute alle diese Fragen im Zusammenhang mit dem ganzen Volke sehen, und unsere Aufgabe ist es, alle diese Fragen im nationalen Sinne zu lösen. Um einige praktische Beispiele in unserer Massenangitation zu nennen: wir mobilisieren heute die breiten Massen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau; wir regen an, daß Betriebe wieder in Gang gesetzt werden, daß Produktionspläne ausgearbeitet werden usw. Wir mobilisieren die Erntehilfe für die Bauern; wir machen in den zerstörten Städten eine Aktion für die Reparierung der Dächer, zur Vorberereitung der Schulgebäude für den Winter usw. usw. Dh. wir behandeln allgemein Fragen des ganzen Volkes. Wir befassen uns heute mit der Wissenschaft, mit der gesamten Kunst, nicht mehr in dem engen Rahmen wie früher, das wir vielleicht

eine besondere Parteilinie der anderen gegenüberstellen, sondern die allgemeinen Fragen der Wissenschaft und Kunst setzen heute im Mittelpunkt unserer Propaganda und Agitation und unserer kulturellen Arbeit. Mit anderen Worten: wir sind heute nicht mehr Agitprop der Partei im alten Sinne, sondern wir sind heute im wahren Sinne des Wortes eine Volksagitprop, die die gesamte kulturelle Arbeit des ganzen Volkes beeinflussen und möglichst leiten muß.

Vor unserer Massenagitation steht heute die konkrete Frage der Gewinnung aller Schichten des schaffenden Volkes, nicht allein der Arbeiterklasse. Natürlich wird die Arbeiterklasse ihrer besonderen historischen Rolle nach dabei immer im Vordergrund stehen; sie wird immer der Kern unserer Partei bleiben, und auch die Aufmerksamkeit unserer Agitation wird besonders auf sie gerichtet sein. Aber darüber hinaus müssen wir alle Schichten des werktätigen Volkes für unseren Kampf gewinnen. Diese ganze Aufgabenstellung bedeutet aber, daß wir heute an ganz andere Schichten des Volkes herankommen, an Schichten, die uns in der Vor-Hitler-Zeit ziemlich unzugänglich waren. So kommen wir heute besonders in der Frage der Durchführung der demokratischen Bodenreform an Bauern heran. Wir kommen heute viel näher an die Mittelständler heran, indem wir in der Stadt die Frage des wirtschaftlichen Aufbaues stellen, Aufgaben, die eine Wiederbelebung des Handwerks usw. bedeuten. Wir kommen heute auch an breite Schichten der Intellektuellen heran. Ich erinnere daran, welche enge Verbindung und welche Beeinflussung der Lehrer wir im Zusammenhang mit den neuen Schulfragen in den letzten Wochen und Monaten gehabt haben. Es ist ja nicht so, daß alle diese Schichten früher außerhalb unseres Blickfeldes lagen. Theoretisch hatten wir eingesehen, daß wir diese Schichten gewinnen müssen. Aber eine Mauer hat uns von ihnen getrennt, und nicht zuletzt durch eigene Schuld, durch eine nicht richtige Stellung dieser Fragen kamen wir an diese Schichten nicht heran. Heute aber, wo wir über die Organe der Volksbildung und die Gewerkschaften an diese Schichten herankommen, müssen wir umso mehr unsere gesamte Agitation und Propaganda auf die Gewinnung dieser Schichten einstellen.

Dabei ist eine der grundlegendsten und entscheidendsten Aufgaben unserer Massenagitation die Sprache, in der wir zu den Massen reden. Ich brauche wohl nicht das berühmte Beispiel von Dimitroff über die Erwerbelosenversammlung zu zitieren, in der ein Kommunist darüber spricht, daß man das politische Niveau heben,

daß man die Erwerbslosen politisieren muß usw., ohne auch nur ein konkretes Wort zu sagen, wie den Erwerbslosen geholfen werden muß. Man soll nicht glauben, daß dieses Beispiel, das Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß anführte, nur historische Bedeutung hätte. Es ist heute noch ungeheuer lebendig; denn wir sind auch heute noch ungeheuer weit davon entfernt, die richtige Sprache gefunden zu haben, besonders davon, unsere Sprache für die einzelnen Schichten des Volkes zu differenzieren.

Seien wir ehrlich: Sind die Bauernflugblätter und Broschüren, die wir zur Bodenreform geschrieben haben, nicht in derselben Sprache abgefaßt, in der wir in der Parteiversammlung reden? Sprechen unsere Plakate wirklich unmittelbar den Bauern an? Reden wir bei unseren Auseinandersetzungen mit den Intellektuellen nicht dieselbe Sprache wie in den Parteiversammlungen? Wir haben es noch nicht gelernt, in der Sprache zu differenzieren und eine solche Sprache zu finden, die uns bei diesen Schichten wirklich Herz und Hirn öffnet. Das ist natürlich nicht einfach, Genossen. Es ist umso schwieriger, als die meisten unserer Agitprop-Leute alte Parteipferde sind, die in der Partei gewachsen und groß geworden sind und natürlich noch die Mängel unserer früheren Parteiarbeit mit sich herumschleppen. Wir empfinden es oft selbst gar nicht, wie sehr wir heute noch Komintern-Sprache reden. Das geht uns mehr oder weniger allen so. Wir erkennen zwar prinzipiell an, daß wir eine neue Sprache sprechen müssen, aber wenn es darauf ankommt, praktisch die neue Sprache anzuwenden, versagen wir häufig, weil wir uns nicht genügend in die Mentalität dieser Schichten hineindenken können. Es wird zweckmäßig sein, zur Herausgabe solchen Agitationsmaterials, von Flugblättern, Plakaten usw., Leute aus den betreffenden Schichten mit heranzuziehen. Man soll also z.B. bei einem Flugblatt, das sich an die Lehrer richtet, bei der Redaktion möglichst versuchen, einen Lehrer dafür zu finden. Wir können ihm ja sagen, was wir prinzipiell hineingeschrieben haben wollen. Bei einem Flugblatt oder Artikel für die Bauern muß ein Bauer das vorher lesen, damit wir praktisch prüfen können, wie der Bauer darauf reagiert, ob er auch versteht, was wir sagen wollen, oder ob die Sprache für ihn nicht zu schwer ist. Das heißt, wir müssen aus den Schichten selbst Kräfte zur Durchführung unserer praktischen Agitationsarbeit heranziehen, wenn wir die Sprache finden wollen, die für diese Schichten paßt. Ganz an unsere eigene Kraft gestellt, werden wir diese Aufgabe kaum

schaffen. Hier genügt nicht die Parteierziehung, die allgemeine marxistisch-theoretische Schulung, sondern hierzu muß man die Geistesverfassung und Denkungsart aller dieser Schichten kennen. Unsere Flugblätter sind heute viel zu trocken und zu lang, es fehlt darin an lebendigen Beispielen. Ein Beispiel aber wirkt bei den breiten Massen viel mehr als das schönste theoretische Argument. Auch unsere Reden sind zu lang und schwer, nicht auf die einzelnen Schichten spezialisiert.

Dann die Plakate! Wir haben hier eine kleine Ausstellung von Plakaten gemacht. Rechts sehen Sie Plakate, die unsere Genossen auf dem Lande Sachsen gemacht haben, weiter hinten die Plakate, die das Zentralkomitee herausgegeben hat. Die Sachsen schlagen uns hier um einige Nasenlängen. Leider haben wir aus anderen Bezirken überhaupt keine Plakate. Ich weiß nicht, warum. Haben die Genossen nichts herausgegeben, oder halten sie es nur nicht für nötig, dem ZK. Exemplare davon zu schicken.

Allgemein ist folgendes zu betonen: Unsere Plakate sollen wirkliche Kunst sein. Es sollen nicht halbkarikierte Gesichter sein, sondern ansprechende Figuren, nicht die alte Methodik Plakate durchweg im Heinrich-Zille-Stil, sondern wirkliche und positive Kunst, die die Massen anspricht und sie packt; denn das ist schließlich die Aufgabe eines Plakates, nicht daß irgendein Künstler seine futuristischen Gedanken zum Ausdruck bringt. Das soll er auf Ausstellungen machen, aber wir wollen die Massen mit den Plakaten packen und ihnen etwas sagen. Das Dresdener Plakat mit dem kleinen Madel ist das beste Plakat, das die Partei überhaupt herausgebracht hat.

Über die Zeitungen und ihren Stil werde ich nachher besonders sprechen, so daß ich es mir jetzt ersparen kann.

Nun einige Worte über unseren ideologischen Kampf! Das deutsche Volk befindet sich nach den 12 Jahren Nazi-Herrschaft in einer unerhörten geistigen Verwirrung. Der 12jährige Druck einer Goebbels-Propaganda ist natürlich nicht ohne Einwirkung auf die Geistesverfassung aller Schichten des deutschen Volkes geblieben. Hinzukommt noch durch die Nazi-Propaganda, durch den Krieg und das Fronterlebnis bei den Soldaten, die ungeheure moralische Verwilderung besonders der Jugend. Es ist also bei dieser ideologischen Verfassung eine ungeheure ideologische Durcharbeitung aller Volksmassen notwendig, um das deutsche Volk für die neuen Aufgaben reif zu machen.

Ich möchte nun einiges über die ideologische Verfassung unserer eigenen Partei sagen. Es ist wahr: wir haben gegenüber allen anderen

Parteien und allen anderen Strömungen im deutschen Volke ein ungeheures Plus; wir stehen nämlich auf dem festen Boden einer wissenschaftlich fundierten Weltanschauung, die sich in einer annähernd 100jährigen Entwicklung bewährt hat, sich als die einzig richtige herausgestellt hat, die uns in den schweren Jahren der Hitler-Diktatur Leitstern war und es uns als der einzigen Partei ermöglichte, das Banner unseres revolutionären Kampfes wirklich reinzuhalten. Das heißt aber natürlich nicht, Genossen, daß man in unserer Partei, in der Masse unserer Parteimitgliedschaft alles in schönster Ordnung ist. Auch wir haben zahlreiche ideologische Mängel zu verzeichnen, die wir ausmerzen müssen. Wir haben vor allen Dingen bis heute in unserer Partei noch nicht endgültig mit alten sozialdemokratischen Traditionen abgerechnet, die auch heute noch in den Köpfen unserer Parteigenossen nachwirken. (Zustimmung.) besonders in der speziellen Form des Luxemburgismus. Wir haben das jüngst bei der Frage der Bodenreform erleben können, wo bei den Kursen bei Funktionären und Parteimitgliedern ziemlich offen solche Ideologien auftraten, daß man den Boden nicht den Bauern geben soll, das sei ein Rückschritt und werde uns vom Sozialismus noch weiter abbringen. Hier ist eine gewisse ideologische Arbeit zu leisten, um diese alten sozialdemokratischen, luxemburgischen Traditionen aus unserer Partei herauszubringen.

Wir haben in der Überwindung des Sektierertums in unserer Partei in den letzten drei bis vier Monaten gewiß sehr große Erfolge zu verzeichnen. Wenn man heute mit den Genossen unten diskutiert, so ist diese Diskussion ganz anders als vor drei Monaten. Aber das Sektierertum ist noch lange nicht überwunden und kommt vor allen besonders stark im Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei und zu Sozialdemokraten zum Ausdruck. Sobald nämlich die Verhältnisse sich etwas vertiefen und neue Schwierigkeiten in der Aktionsseinheit zwischen SPD und KPD auftauchen, kommt das alte Sektierertum plötzlich wieder bei den Genossen zum Vorschein, so daß man Meinungen hören kann: die Sozialdemokraten sind doch die alten geblieben. Darin liegt eine Berichtigung. Vieles, was die SPD macht, zeigt, daß sie aus der Vergangenheit unendlich viel weniger gelernt hat als wir. Aber dieses Sektierertum ist das Haupthindernis für die Durchführung der politischen Aufgaben der Partei, und es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Parteiarbeitsarbeit, dieses Sektierertum auszumerzen.

Eine andere Frage ist die Stellung zur geistigen Vergangenheit und des geistigen Erbes unseres Volkes. Diese Frage ist aus zwei Gründen nicht ganz einfach. Erstens: unsere Parteigenossen, die in ihrer großen Masse nur die Volksschule durchgemacht haben, die jüngeren Schichten sogar nur die Hitler-Schulen, kennen nicht die wirkliche